

Landesinfo Baden-Württemberg



**Solidarität mit den Erzieher*innen
und Sozialarbeiter*innen**

Weil ihr mehr verdient habt!

DIE LINKE.

Ende Februar beginnen die Tarifverhandlungen in den Sozial- und Erziehungsdiensten.
DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten

Soziales und Sorgearbeit

Klinikschießungen
S. 3

Arbeit und Soziales

Kinderarmut
S. 5

Feminismus

**Feminismus für die
99%**
S. 8-9

Landes- und Kommunalpolitik

**Kostenloser ÖPNV in
Schwetzingen**
S. 12

Repression

Berufsverbote
S. 16

Bundestag

Neue Landesgruppe
S. 18

weiterer Inhalt

Mannheim: Kinderbetreuung ausbauen	Seite 3
Kinderfeindliche Politik Maßnahmen gegen Niedriglohn	Seite 4
FFP2-Masken kostenfrei abgeben	Seite 5
LINKE in Gewerkschaften und Betriebsräte Neuer Sprecher:innenrat LAG b&g gewählt Gegen Querdenkszene in Ettlingen	Seite 6
Bundesaktion: Umverteilen Jetzt!	Seite 7
Am 8. März feministisch streiken!	Seite 9
Die Mieten müssen wieder sinken! Mehr Mitbestimmung bei Wohnungspolitik	Seite 10
Neues Infoblatt Stuttgart Kommunales Vorkaufsrecht	Seite 11
Linke fordert eigene Wohnbaugesellschaft Investitionsstau kommunale Infrastruktur	Seite 12
Technologieparks Steuer für Verkehr auf Schiene abschaffen	Seite 13
Stuttgart darf nicht Detroit werden Solidarität mit Rojava Meşale Tolu Freispruch	Seite 14
Kluge Entspannungspolitik. „Den Frieden gewinnen nicht den Krieg“ Die Pariser Morde aufklären	Seite 15
Bundestagswahlergebnisse	Seite 17
Frühjahrspraxisakademien	Seite 19
Kurzbericht Landesparteitag Oktober 2021	

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint in der Regel vierteljährlich. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber und Verlag: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Falkertstraße 58, 70176 Stuttgart, Tel: 0711/241045, Fax: 0711/241046

Mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion: Walter Kubach, David Schecher, Bernhard Strasdeit, Claudia Haydt (verantwortlich), Lisa Neher, Frederico Elwing, Enes Muric
Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, Leser:innenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Geschäftsführender Landesvorstand:

Sahra Mirow, Elwis Capece, Aynur Karlikli, Kathleen Kamprath, Luigi Pantisano, Alexander Relea Linder.

Spendenkonto DIE LINKE. Baden-Württemberg:

IBAN: DE58 6001 0070 0289 5827 00

Postbank Stuttgart, BIC: PBNKDEFF

Bitte nenne Verwendungszweck, Vorname, Name, Adresse

Druck: VisitYou.de, Stuttgart

Gerhard Trabert, linker Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten

Immer mehr Menschen leben in Deutschland in Armut. Die Armutsrate ist 2020 auf 16,1% angestiegen, das sind 13,4 Millionen Menschen in Armut. Sie können sich eine Teilhabe am öffentlichen Leben nicht mehr leisten. Wie wir Armut und soziale Ungleichheit bekämpfen können, diskutierten am 3. Februar Gerhard Trabert, Sahra Mirow und Jessica Tatti bei einer Videoveranstaltung.

Gerhard Trabert wurde von der Partei DIE LINKE als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten nominiert. Er ist Arzt in Mainz und Gründer des Vereins „Armut und Gesundheit in Deutschland“, der Menschen ohne Krankenversicherung versorgt und Obdachlosen vor Ort hilft. Er verbindet mit seiner Arbeit in beispielloser Weise internationale Solidarität mit dem Einsatz gegen Armut in Deutschland. Als Seenotretter auf der Seawatch und Helfer im Geflüchtetenlager Moria setzt

er sich genauso für Geflüchtete an den EU-Außengrenzen ein wie für Obdachlose auf den Mainzer Straßen. Gerhard Trabert verkörpert damit das Gegenteil von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, dem Architekten der Agenda 2010 und Befürworter von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Gerhard Trabert gründete den Verein „Armut und Gesundheit in Deutschland“. Der Verein betreibt in Mainz unter anderem die „Ambulanz ohne Grenzen“, die Menschen ohne Krankenversicherung versorgt und seit 25 Jahren eine mobile Krankenversorgung für Obdachlose. Außerdem leistet



Gerhard Trabert, hier bei der Vorstellung seiner Kandidatur

der Verein medizinische Versorgung in Krisen- und Kriegsgebieten. Er setzt sich dabei sowohl für die Menschen nach der Flutkatastrophe im Ahrtal ein als auch für Menschen in Angola, Liberia, Kurdistan, Afghanistan, Syrien und nach dem verheerenden Erdbeben in Haiti. Gemeinsam mit der Bundestagabgeordneten Jessica Tatti und Landessprecherin Sahra Mirow hat Gerhard Trabert eine Onlineveranstaltung zur sozialen Schieflage in Deutschland gehalten. Das Gespräch kann auf dem Youtube Kanal der LINKE. Baden-Württemberg ([dielinkebw](https://www.youtube.com/channel/UCdi1nkebw)) angesehen werden.

Einberufung des Landesparteitags: 2. und 3. April

Der Landesvorstand hat mit Beschluss vom 12. Dezember 2021 den nächsten Landesparteitag einberufen. Aktueller Stand ist, dass dieser am 2. und 3. April 2022 in der Filderhalle in Leinfelden stattfinden soll. Der Saal ist groß genug, um dort auch unter Coronabedingungen zu tagen. Dennoch werden wohl keine Gäste teilnehmen können. Wir versuchen aber – nach Möglichkeit – Infostände im Foyer zu ermöglichen.

ACHTUNG: Die Delegierten müssen für diesen Parteitag neu gewählt und gemeldet werden. Der aktuelle Delegiertenschlüssel wurde bereits im Anschluss an die Landesvorstandssitzung an die Kreisvorstände verschickt.

Der Parteitag findet in einem Jahr statt, in dem wir voraussichtlich keine Wahlen in Baden-Württemberg organisieren müssen. Wir haben dadurch die Chance, unseren Landesverband für die gesellschaftlich nötigen politischen Auseinandersetzungen gut aufzustellen. Wir freuen uns deswegen mit Janine Wissler, der Co-Vorsitzenden unserer Partei, eine charismatische und politische kluge Auftaktrednerin für den Parteitag zu haben.

Themen des Landesparteitages werden u.a. sein: Wahl der Bundesparteitagsdelegierten, Frauenplenum, Nachwahl Frauenplätze Landesschiedskommission, Fortsetzung der Mietenkampagne sowie weitere Anträge und Arbeitsgruppen.

Claudia Haydt (Landesgeschäftsführerin)

Klinikschießungen und fehlende Investitionen: Das Land darf nicht länger Treiber des Pflegenotstands sein

Der Baden-Württembergische Sozial- und Gesundheitsminister Manfred Lucha hält an Klinikschießungen im Land fest. Trotz Pandemie wurden 2021 in Baden-Württemberg vier Kliniken geschlossen. Dazu kommen Teilschließungen und weitere 14 Kliniken, deren Schließungen bereits beschlossen oder geplant sind. DIE LINKE. Baden-Württemberg fordert eine Umkehr in der Gesundheitspolitik.

Sahra Mirow, Landessprecherin der LINKEN. Baden-Württemberg, sagt dazu: „Die Klinikschießungen gefährden die Gesundheits- und Notfallversorgung im ländlichen Raum. Die Pandemie hat uns die zentrale Rolle, die Krankenhäuser in der Gesundheitsversorgung spielen, aufgezeigt. Es ist ein Skandal, dass Lucha weiter an den Plänen zur Klinikschießung festhält.“

Die Klinikschießungen machen den Pflegeberuf noch unattraktiver. Schon jetzt fehlt es an examinierten Pflegekräften. Intensivbetten verschwinden in Krankenhäusern, weil es nicht genug Personal gibt, die sich um Intensivpatient:innen kümmern können. Diese Situation verschärft sich mit jeder Klinikschießung, mit der auch Ausbildungsstandorte verschwinden.

Krankenhäuser dürfen nicht ökonomischer Kosten-Nutzen-Rechnungen zum Opfer fallen. Sie gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge und müssen daher ohne Profitdruck öffentlich finanziert werden.

Die Landesregierung fordern wir auf, die Krankenhäuser im ländlichen Raum zu erhalten und eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen. Anstatt Krankenhäuser zu schließen, muss die Landesregierung ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen und in

Mannheim: Kinderbetreuung endlich ausbauen

Mannheim liegt bei den Betreuungsquoten bei Kinder unter drei Jahren deutlich unter dem Schnitt vergleichbarer Großstädte in Baden-Württemberg. Nun ist zwar eine Reihe von neuen Projekten in Planung, aber das reicht nicht, um die Versäumnisse der Vergangenheit aufzufangen. Dazu die Mannheimer Bundestagsabgeordnete Gökay Akbulut:

„Die Betreuungsquote der unter Dreijährigen in Mannheim ist auffallend gering. Während Heidelberg und Freiburg auf rund 45% und Stuttgart und Karlsruhe immerhin noch bei 39% liegen, schneidet Mannheim mit 28% deutlich schlechter ab. Im Bereich der über Dreijährigen sieht die Situation sogar noch verheerender aus. Gleichzeitig sollen Einrichtungen kirchlicher Träger geschlossen werden, was nicht nur in Mannheim ein gleichwohl be-



die Ausstattung und Bausubstanz der Krankenhäuser investieren. Die Krankenkassen beklagen schon lange, dass das Land zu wenig in die Krankenhäuser investiert. Die fehlenden Landesinvestitionen führen dazu, dass die Krankenhäuser die Kosten für Sanierungen und Modernisierung selbst übernehmen müssen. Sie können dabei nur auf die Fallpauschalen zurückgreifen, die zur Versorgung der Patient:innen gedacht und sowieso schon knapp bemessen

ind. Das setzt die Krankenhäuser zusätzlich unter Druck. Sie müssen mehr lukrative Operationen durchführen und haben weniger Zeit für Pflege und Patient:innenversorgung.

Die Landesregierung muss endlich aufhören, Treiber des Pflegenotstands zu sein. Wir erwarten, dass das Sozialministerium den Pflegeberuf wieder attraktiv macht, mehr Ausbildungsplätze schafft und sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzt.“

kanntes Problem darstellt. Hier spiegeln sich Versäumnisse der letzten Jahre ab. Wenn rund 800 Kinder im Ü3 und U3 Bereich keinen Betreuungsplatz haben ist schnelles Handeln gefragt, beispielsweise durch modulare Holzbauweise und beschleunigte Verfahren. Kitas sind schließlich die ersten Bildungseinrichtungen, die unsere Kinder besuchen. Hier darf niemand zurückgelassen werden!“

Stadträtin Nalan Erol, Sprecherin für Bildung, Betreuung und Familie der Fraktion Lipartie (Linke, Partei, Tiererschutz, Red.) ergänzte: „Die Situation im Ü3-Bereich ist so angespannt, dass Kinder teilweise in den Krippen bleiben müssen, weil es nicht genug Kita-Plätze gibt. Das darf nicht sein. Kinderbetreuung ist eine wichtige Säule kommunaler Infrastruktur. Sie muss wohnort- und

arbeitsplatznah zur Verfügung stehen und darf Familien nicht in den finanziellen Ruin treiben. Für uns als LINKE ist klar: Kitas müssen gebührenfrei werden und sie gehören in die öffentliche Hand! Es kann nicht sein, dass die Versäumnisse der vergangenen Jahre durch Privatisierungen kompensiert werden. Inzwischen tauchen zunehmend Konzerne auf, die mit hohen Renditeversprechen locken. Die Zeche zahlen am Ende die Eltern, die die hohen Beiträge schultern müssen.“

Statt Privatinvestorenmodelle brauchen wir einen zügigen Ausbau in öffentlicher Hand. Krippen und Kitas dürfen nur an gemeinwohlorientierte Träger vergeben werden, die die Elternbeiträge weitestmöglich nach unten begrenzen und ihre Beschäftigten tariflich und darüber hinaus entlohnen.“

Landesregierung betreibt eine kinderfeindliche Politik

Der am 2. Februar veröffentlichte BaWü-Check zeigt, dass immer mehr Menschen in Baden-Württemberg unzufrieden mit der Corona-Politik der Landesregierung sind.

Sahra Mirow, Landessprecherin DIE LINKE. Baden-Württemberg, sagt dazu: „Kein Wunder, dass vor allem Eltern mit schulpflichtigen Kindern mit der Landesregierung unzufrieden sind.

Im Jahr drei der Pandemie kann man es nicht mehr anders sagen: Die grüngeführte Landesregierung betreibt eine kinderfeindliche Politik. Die Kinder werden völlig im Stich gelassen. Das Wohlergehen von Kindern scheint für die Landesregierung keine Priorität zu haben. Es gibt kein Programm für Luftfilter in Kitas und auch in den Schulen wurde nicht flächendeckend in Luftfilter investiert. Bei der digita-

len Ausstattung lässt man die Schulen alleine. Und ein landesweiter Plan, wie mit den Personalausfällen an Kitas und Schulen umgegangen wird, fehlt völlig.

Die Coronapandemie ist längst eine Bildungskrise, die Kinder aus armen Familien besonders trifft. Kultusministerin Theresa Schopper muss endlich ein Konzept vorlegen, wie die Lernrückstände aufgeholt und weitere Ausfälle verhindert werden.“

DIE LINKE. Baden-Württemberg fordert politische Maßnahmen gegen Niedriglohn

Eine aktuelle Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung zeigt, dass die Zahl der Geringverdiener:innen in Westdeutschland seit einem Jahrzehnt unverändert bei 16 Prozent liegt. Überdurchschnittlich viele Frauen und Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft arbeiten zum Niedriglohn. Beschäftigte im Gastgewerbe zählen mit 69 Prozent zu der größten Gruppe der Geringverdiener:innen.

Elwis Capece, Landessprecher der LINKEN. Baden-Württemberg, sagte dazu: „Eine Erhöhung des Mindestlohns auf die im Wahlkampf versprochenen 12 Euro muss rasch erfolgen. Die Menschen, die für einen Niedriglohn arbeiten, brauchen angesichts der steigenden Lebenshaltungs- und Energiekosten jetzt schnell eine echte Lohnerhöhung. Die Mindestloohnerhöhung auf 9,82 Euro zum 1.1.2022 ist doch ein Witz. Wo bleibt da der Respekt für diejenigen, die beispielsweise im Einzelhandel oder als Essenslieferanten täglich den Laden in der Pandemie am Laufen halten?“

Wie der Oxfam-Bericht „Gewaltige Ungleichheit“ zeigt, konnten während der Corona-Pandemie einige wenige Milliardäre ihr Vermögen verdoppeln. In Deutschland zählen zu den Krisengewinnern unter anderem die Eigentümer der Lebensmitteldiscounter Aldi und Lidl. Dieter Schwarz, Eigentümer der Schwarz-Gruppe, zu der Lidl und Kaufland zählt, konnte sein Vermögen laut WirtschaftsWoche auf 30,1 Milliarden US-Dollar erhöhen und damit um 30 Prozent steigern.

Mit Blick auf diese Zahlen forderte der Landessprecher: „Wir brauchen eine Sonderabgabe für hohe Vermögen. Seit Beginn der Pandemie fordern wir LINKE eine solche Sonderabgabe. Die wachsende Ungleichheit gibt uns Recht. Es darf nicht sein, dass sich viele Geringverdiener:innen nicht mal FFP2-Masken leisten können, während sich einige wenige auf Kosten der Beschäftigten eine goldene Nase verdienen. Auch die Landesregierung muss hier in die Pflicht genommen werden. Wir haben bereits im Landtagswahlkampf einen landesspezifischen Mindestlohn von 13 Euro gefordert. Ein

reiches Land wie Baden-Württemberg mit extrem hohen Lebenshaltungskosten muss als Auftrags- und Arbeitgeber eigene Maßstäbe setzen. Dazu zählt auch die konsequente Einhaltung der Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen.“

Die Ampel-Koalition will den Niedriglohnsektor nicht bekämpfen

Die Problematik setzt sich im Bund fort und auch die neue Ampel-Koalition ist nicht gewillt für Lohnsteigerungen im Niedriglohnsektor zu sorgen. Statt das Problem zu bekämpfen, werden irreguläre Beschäftigung mit der Ausweitung der Minijobgrenze auf 520 Euro sogar noch bestärkt.

Hierzu erklärte Capece: „Wer gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen fördern und Altersarmut bekämpfen will, muss den Niedriglohnsektor abbauen. Die Ampel macht aber genau das Gegenteil. Die Ausdehnung von Minijobs verfestigt den Niedriglohnsektor. Insbesondere Frauen stecken schon lange in der Minijobfalle. Nicht nur, dass die meisten Beschäftigten in Minijobs an der Mindestlohnsgrenze arbeiten, sie zahlen auch nicht in die Rentenversicherung ein. Das ist Altersarmut per Gesetz. Das Geld fehlt aber nicht nur den Beschäftigten, sondern auch der Gesellschaft. So werden den Sozialsystemen einmal mehr Beiträge entzogen.“

Und er ergänzte: „Die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro die Stunde ist dem Druck der Gewerkschaften zu verdanken. Außerdem hat die EU Vorgaben gemacht, die die Regierung ohnehin zum Handeln gezwungen hätte. Allerdings sind 12 Euro nur ein Anfang. Als LINKE fordern wir 13 Euro, denn alles darunter führt auch nach 45 Jahren in Vollzeitbeschäftigung in die Grundversicherung im Alter. Ein Mindestlohn, der Altersarmut nicht verhindert, hat seinen Namen nicht verdient“

Elwis Capece, Landessprecher

Faire Löhne, mehr Rente

ARMUT BEKÄMPFEN

Ein Topf für alle.

DIE LINKE.

Kinderarmut beruht auf Elternarmut - Niedriglohnsektor wächst

Ist Sozialminister Manne Lucha (Grüne) endlich aufgewacht? Der Bericht „Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg“ stellt fest: In der Landeshauptstadt wächst fast jedes vierte Kind in Armut auf, landesweit jedes fünfte. Die Kinder und Jugendlichen kommen häufig aus Familien mit langzeitarbeitslosen Eltern (77 Prozent), alleinerziehenden Eltern (41 Prozent) oder aus kinderreichen Familien (32 Prozent). Der Anteil dieser armen Kinder ist mit 19 Prozent höher als der Anteil der armutsgefährdeten Bevölkerung im Ländle mit „nur“ 16 Prozent. 32 Prozent der Vier- und Fünfjährigen zeigen bei der Einschulungsuntersuchung großen Sprachförderbedarf. Viele haben zu wenig Geld, um Freizeit- und Sportangebote nutzen zu können, bei 27 Prozent der Fünfjährigen wird eine „auffällige Grobmotorik“ festgestellt. Viele Wohnungen können nicht ausreichend beheizt, Möbel nicht ersetzt werden. All diese Defizite verschärfen sich unter der aktuellen Corona-Pandemie.

„Kinderarmut ist immer Familienarmut“, so Stephanie Saleth, Leiterin der Familienforschung Baden-Württemberg. Das wird deutlich am besonders hohen Armutsrisiko von langzeitarbeitslosen Eltern (77 Prozent), Alleinerziehenden (41 %), kinderreichen Familien (32 %) und Haushalten mit Migrationshintergrund (30%). Kinderarmut beruht nicht auf dem Versagen fauler, trunksüchtiger oder bildungsferner Eltern. Das sind Märchen der Boulevard-Presse. Die wahre, strukturelle Ursache der Familienarmut wird verursacht durch den wirtschaftlichen und politischen Willen der Verantwortlichen in diesem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das auf Profitsteigerung ausgerichtet ist. Systematisch stieg das Armutsrisiko in Baden-Württemberg bei Erwachsenen von 10,6 Prozent (2005) auf jetzt 16 % der Bevölkerung (Statist. Bundesamt). Der Sozialbericht für den Landkreis Tübingen belegt, dass der Lohn von einem Viertel aller BezieherInnen von staatlichen Leistungen so niedrig ist, dass sie Hartz IV beantragen müssen, drei Viertel von ihnen sind im Alter zwischen 25 und 55 Jahren.

Niedriglöhne – ein „Betriebsunfall“?

Eine Hauptursache ist der rasante Anstieg des Niedriglohnsektors in Deutschland, der Bruttostundenlohn beträgt weniger als 60 Prozent des mittleren Bruttolohns. Im letzten Jahr betrug er europaweit 15,5 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse, in

Deutschland 20,7 Prozent, fast acht Mio. Beschäftigte verdienen brutto (!) weniger als 12,27 Euro. Besonders betroffen sind Frauen und Unter-30-Jährige. Damit ist die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten seit 1997 um ein Viertel gewachsen. Mit der Corona-Krise hat sich die soziale Situation der NiedriglöhnerInnen stark verschlechtert, denn sie müssen trotz Arbeit häufig Hartz IV beantragen, werden als erste entlassen und erhalten kein Kurzarbeitergeld. Sie trifft die Preiserhöhung bei Lebensmitteln, Energiekosten und Wohnungsmieten besonders hart und vergrößert mit ihrer Armut auch die ihrer Kinder!

Niedriglöhne als „Sprungbrett“?

Stark gestiegen ist die Zahl der Niedriglöhne nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09, als in Deutschland viele Arbeitslose Existenzängste hatten und Arbeit zu allen Bedingungen annehmen mussten (Wegfall der Zumutbarkeit und Sanktionen): Jede/r vierte Beschäftigte (24,1 %) war zu niedrigem Lohn, in Leiharbeit, befristet oder mit Werkvertrag beschäftigt! Von SPD, FDP und CDU wurden Mini- und Midi-Jobs als „Sprungbrett in den ersten Arbeitsmarkt“ gefeiert. Doch die berüchtigten Hartz-IV-Gesetze von Rot-Grün unter Gerhard Schröder dienten dazu, das Lohnniveau aller Beschäftigten bei uns zu senken. Für Unternehmer entfallen die Sozialversicherungsbeiträge, Niedriglöhne leeren die Kassen der Sozialversicherung seit 2014 um über drei Milliarden Euro. Für die Beschäftigten ist Altersarmut vorhersehbar. Diese Jobs haben 500.000 reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichtet und keine neue arbeits sichere Beschäftigung geschaffen. Deshalb empfiehlt der „Rat der Arbeitswelt“ des Bundesarbeitsministers jetzt statt der Anhebung der Obergrenze für Minijobs von 450 auf 520 Euro eine „stufenweise Abschaffung der geringfügigen Beschäftigung“.

Hohe Kinderarmut trotz Hochkonjunktur

Die renommierten Armutsforscher Christoph und Carolin Butterwegge weisen in ihrem neuesten Buch „Kinder der Ungleichheit“ auf gleichbleibend hohe Zahlen der Armut von Kindern und Jugendlichen hin – trotz der Hochkonjunktur der letzten zehn Jahre mit hohen Steuereinnahmen: „Ende 2010 lebten 1,980697 Minderjährige von Hartz-IV-Leistungen, fünf Jahre später waren es 1.939.187. Am

31. Dezember 2017 wurde mit 2.038999 Kindern und Jugendlichen ein weiterer Höchststand erreicht. Danach ging die Zahl wieder Jahr für Jahr etwas zurück. Ende 2020 befanden sich immer noch 1.854.695 Minderjährige im Hartz-IV-Bezug.“ Hinzu kommen aber noch Kinder von Asylbewerberfamilien und Geflüchteten und in Sozialhilfehaushalten, so dass die tatsächliche Zahl armer Minderjähriger wesentlich höher ist. Zynisch und verfassungswidrig ist es, wenn die neuen Hartz-IV-Sätze für Kinder bis 13 Jahren in ab 1. Januar 2022 um zwei Euro erhöht werden, für Erwachsene um drei Euro!

Welche Kindergrundsicherung?

Bei der Bundestagswahl 2020 machten SPD und Grüne riesige, aber völlig unklare Wahlversprechen für eine Kindergrundsicherung (KGS), die alle kinderbezogenen Leistungen zusammenfasst und Anträge einfacher machen soll. Laut Koalitionsvertrag der „Ampel“ soll die KGS – ohnehin nur für Kinder, „die am meisten Unterstützung brauchen“ - frühestens Mitte 2023 ermittelt werden.

DIE LINKE fordert in einem genau berechneten Konzept ein einheitliches Kindergeld für alle von 328 Euro pro Kind, Zuschläge für Familien in Armut, für Wohn- und Heizkosten und besondere Bedarfe. Die Bildungsangebote müssen verbessert werden und eine armutsfeste, bedarfsgerechte Grundsicherung eingeführt werden. Der Mindestlohn ist auf 13 Euro zu erhöhen und das System der Niedriglöhne zurückzudrängen.

Ein erster Schritt zur Bekämpfung der Kinderarmut wäre es, wenn endlich bundesweit die Gebührensicherheit in der Kinderbetreuung durchgesetzt und der unerträgliche Flickenteppich unterschiedlicher Elternbeiträge beseitigt würde – denn das Grundgesetz schreibt die „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ vor (Art. 72, Absatz 2). Dagegen verstößt die grün-schwarze Landesregierung, da Baden-Württemberg eins der letzten Bundesländer mit vollen Elternbeiträgen ist! Stephanie Saleth, Leiterin der Familienforschung Baden-Württemberg, trat auf der Tagung „Ungleichheit trotz Reichtum! FamilienarMUT – KinderarMUT – auch in Baden-Württemberg“ (Nov. 2021) auch für einen „kostenlosen Zugang zu Kitas“ ein. Von dieser Erkenntnis scheinen CDU und Grüne noch meilenweit entfernt!

Dr. Emanuel Peter

Stadtrat in Rottenburg

Land muss FFP2-Masken kostenfrei abgeben

Sahra Mirow, Landessprecherin der LINKEN. Baden-Württemberg, sagte zur FFP2-Maskenpflicht in Geschäften und Innenräumen: „Wir fordern die Landesregierung auf, FFP2-Masken kostenfrei an Menschen mit niedrigen Einkommen abzugeben. Berlin macht es

mit der LINKEN Sozialsenatorin Katja Kipping vor. Alle Menschen mit einem Sozialpass, BAföG-Bezieher:innen, Obdachlose und Geflüchtete erhalten ab sofort kostenfreie FFP2-Masken. Insgesamt stellt das Land Berlin 1,4 Millionen Masken bereit. Diese können

einfach an Bürgerbüros und sozialen Einrichtungen abgeholt werden. Baden-Württemberg muss sich daran ein Vorbild nehmen. Die FFP2-Maskenpflicht darf arme Menschen nicht noch weiter ausgrenzen.“

Sahra Mirow, Landessprecherin

LINKE in die Gewerkschaften und in die Betriebsräte

Aufruf der LAG Betrieb und Gewerkschaft Baden-Württemberg und des Landesvorstands der LINKEN: LINKE in die Gewerkschaften und in die Betriebsräte

Liebe Genossinnen und Genossen,

zwischen dem 1. März und dem 31. Mai 2022 finden Betriebsratswahlen statt. Betriebsratsgremien sorgen dafür, dass die demokratische Idee der Mitgestaltung und Mitbestimmung auch auf der betrieblichen Ebene umgesetzt wird. Bei den diesjährigen Wahlen ist davon auszugehen, dass es zu überdurchschnittlich vielen Veränderungen in den Betriebsratsgremien kommen

wird. Es ist also Raum für engagierte Kolleginnen und Kollegen die sich dafür einsetzen wollen, dass die Bedingungen am Arbeitsplatz verbessert werden. Dies funktioniert meistens dann am besten, wenn dies mit tarifvertraglichen Regelungen flankiert wird. Auf beides zu achten ist eine wichtige Aufgabe, gerade auch für uns als LINKE.

Weil wir die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern wollen und eine echte demokratische Wirtschaftsordnung anstreben, müssen wir uns dort einmischen, wo die Rechte der Beschäftigten von den Kräften des Kapitals immer öfters außer Kraft gesetzt werden: Als abhängig Beschäftigte, im Arbeitsleben in Betrieben und in den Verwaltungen.

Auch in den DGB Gewerkschaften müssen wir uns stärker organisieren und aktiv werden. So finden bei der Gewerkschaft ver.di in diesem Jahr Organisationswahlen statt. Wir fordern euch auf, beteiligt euch an den Wahlen! Wir ermutigen euch gleichzeitig auch selbst gewerkschaftlich aktiv zu werden, euch einzumischen und für die gewerkschaftlichen Entscheidungsgremien zu kandidieren. Die Termine für euren Bezirk könnt ihr hier herausfinden: <https://orgawahlen.verdi.de/>. Bei Rückfragen könnt ihr euch gerne an Walter Kubach unter walter.kubach@t-online.de wenden.

Elwis Capece, Landessprecher und Walter Kubach, Mitglied im Sprecher:innenrat LAG Betrieb und Gewerkschaft.



Betriebsräte gründen, wählen, stärken !

Vom 1. März bis 31. Mai 2022 sind Betriebsratswahlen

Neuer Sprecher:innenrat der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Betrieb & Gewerkschaft (b&g) gewählt

Am Sonntag, den 23.1.2022 wurde bei einer Online-Landesmitgliederversammlung ein neuer Sprecher:innenrat der LAG b&g Baden-Württemberg gewählt.

Die Wahl muss noch per Briefwahl bestätigt werden. Nachfolgend das vorläufige Ergebnis:

Auf der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung wurden gewählt:

Maria Haido (KV Heilbronn), Margrit

Paal (KV Tübingen), Heidi Scharf (KV Hohenlohe/Schwäbisch-Hall), Jessica Tatti (KV Reutlingen), Caroline Kirchhoff (KV Ludwigsburg).

Auf der gemischten Liste wurden gewählt:

Eric Böttcher (KV Stuttgart), Martin Auerbach (KV Esslingen), Walter Kubach (KV Ludwigsburg), Alexander Relea-Linder (KV Ostalb), Jochen Dürr (KV Hohenlohe/Schwäbisch-Hall). Ein

herzlicher Dank für die geleistete Arbeit ging an: Stefan Dreher, Monika Heim und Sabine Vogel, die nicht mehr zur Wahl angetreten sind.

Zudem wurde Heidi Scharf als Kandidatin nominiert zur Wahl des Bundessprecher:innenrats bei der nächsten Mitgliederversammlung der Bundesarbeitsgemeinschaft b&g anzutreten.

Walter Kubach

Gegen Querdenkszene in Ettlingen

Seit Wochen finden auch in Ettlingen als Spaziergang getarnte Demonstrationen der Querdenkerszene statt. Die Szene versucht damit ihre politischen Ansichten unter dem Deckmantel des harmlosen „Spazierens“ nach außen zu tragen.

Dass es sich hierbei nicht um harmlose, um ihre Freiheit besorgte Mitbürger*innen handelt, zeigt ein Blick in deren Netzwerke und Chats, in denen nicht nur dubiose und wissenschaftsfeindliche Verschwörungserzählungen verbreitet werden, sondern auch rechte, rassistische, homophobe, antisemitische und hasserfüllte Beiträge an der Tages-

ordnung sind.

Wie es um die von diesen Montagsspazierern permanent betonte Friedfertigkeit bestellt ist, verdeutlichte vor allem ein Vorfall, als der ehemalige DGB-Kreis- und Ortsverbandsvorsitzende Wolfgang Weber aus deren Reihen beleidigt, tätlich angegriffen und verletzt wurde. Kritik an den Pandemiemaßnahmen der Regierenden ist natürlich berechtigt. Pflegenotstand, Fallpauschalen, Kurzarbeitergeld, zunehmende Armut, Impfstoffmangel in den sog. Entwicklungsländern im Zusammenhang mit der Weigerung der Patentfreigabe, dies sind nur einige Beispiele

für verfehlte und unsoziale Politik. Von all dem ist jedoch bei diesen Montagsspedos nichts zu hören.

Die Geschichte hat gezeigt: Das Vordringen antidemokratischer, antiaufklärerischer Kräfte, die in dieser Szene tonangebend sind, verschiebt den politischen Diskurs in der Gesellschaft nach rechts. Es gibt allerdings inzwischen auch in Ettlingen Gegenproteste von DGB, LINKEN, VVN, Naturfreunden, solid, Jusos u.a.

Es ist Zeit, dieser gefährlichen Entwicklung im ganzen Land entschieden entgegenzutreten!

Bundesaktion: Umverteilen Jetzt!

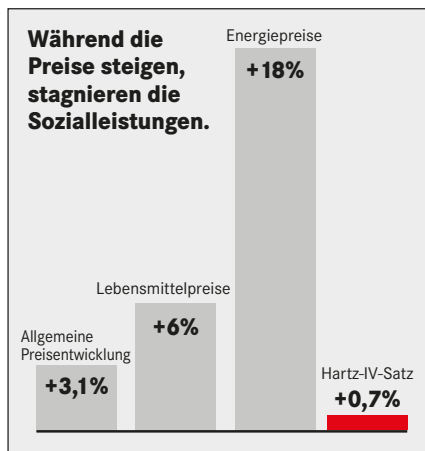
**AUF DEN PUNKT
GEBRACHT.**

26. Januar 2022
1.2022

Preise steigen – LINKES Entlastungspaket:

Löhne hoch, Reiche besteuern

Alles wird teurer: 2021 lag die Inflationsrate bei 3,1 Prozent, so hoch wie seit 1993 nicht mehr. Für 2022 werden Preissteigerungen in ähnlichem Umfang vorausgesagt. Besonders stark verteuert haben sich Strom, Gas, Benzin, Heizöl und Gemüse. Nahrungsmittel waren im Dezember um 6 Prozent teurer, Energie sogar um 18 Prozent. Wer ein niedriges Einkommen oder eine kleine Rente bekommt, muss einen deutlich größeren Teil seines Geldes für Miete, Essen und Heizung ausgeben und ist deutlich stärker von der Teuerung betroffen. Bezieher*innen von Grundsicherung, Arbeitslosengeld, Rente und Bafög erleben eine faktische Kürzung ihrer Bezüge, wenn die staatlichen Zahlungen nicht schnell angepasst werden – dabei hat das Geld schon vorher oft kaum zum Leben gereicht.



Die bisherige Erhöhung von Hartz-IV um 3 Euro liegt mit 0,7 Prozent weit unterhalb der Teuerungsrate, Bezieher*innen der Grundsicherung bekommen also noch weniger als früher. Auch der für Sommer angekündigte Heizkostenzuschuss von 135 Euro für Wohngeldempfänger*innen geht am Ausmaß des Problems völlig vorbei. Nur ein kleiner Teil der Haushalte erhält Wohngeld, die Regierung spricht von 700 000. Aber mehr als 13 Millionen Menschen sind von Armut bedroht (Paritätischer Armutsbericht 2021). Außerdem reicht ein einmaliger Zuschuss nicht, um die dauerhaft steigenden Kosten auszugleichen. Viele Energieversorger haben dauerhaft höhere Preise und Vorauszahlungen angekündigt. Zudem kommt eine Auszahlung im Sommer zu spät, wer wenig verdient,

hat meist keine Rücklagen. Höhere Vorauszahlungen werden aber jetzt fällig.

Die Hoffnung der Regierung auf »Steuerung« der Preise über Marktanreize müssen viele Verbraucher*innen nun mit deutlich höheren Lebenshaltungskosten bezahlen. Währenddessen steigen die Vermögen und Einkommen der Anteilseigner von Energie- und Lebensmittelkonzernen weiter in den Himmel. Das zeigt: Der Markt regelt es nicht.

Die LINKE sagt: Es kann nicht sein, dass ärmere Menschen sich in diesem reichen Land keine warme Wohnung leisten oder kein Gemüse mehr kaufen können. Niemand soll hungern, frieren oder in einer dunklen Wohnung sitzen müssen!

Wir fordern sofort:

■ Gegen Armut hilft Geld: **Einmalzahlung von 200 Euro** an alle Menschen, die unter der Armutsrisikoschwelle liegen. Ein solcher Entlastungsbonus wäre eine schnelle Entlastung für die gestiegenen Lebenshaltungskosten. Familien mit geringen Einkommen profitieren besonders: Eltern erhalten die 200 Euro auch für ihre Kinder. Das Geld muss sofort ausgezahlt werden.

■ **Hartz-IV ist zu niedrig! Die Inflationsrate muss sofort ausgeglichen und dann um weitere 200 Euro erhöht werden.** Der Satz muss armutsfest sein und das tatsächliche sozioökonomische Existenzminimum abdecken. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat ausgerechnet: Ohne kleinzurechnen, müsste der **Hartz-IV-Satz bei 678 Euro** liegen!

■ Für Menschen im Grundsicherungsbezug müssen die tatsächlichen Energiekosten übernommen werden.

■ **Wohngeld** soll auf der Basis der Bruttowarmmiete gezahlt werden, also auch Warmwasser und Heizkosten umfassen. Zudem soll es um eine Komponente für Stromkosten erweitert werden. Wer in energetisch sanierten Wohnungen eine höhere Miete zahlt, muss einen Zuschuss für die Sanierungskosten bzw. die daraus folgenden höheren Mietkosten erhalten (»Klimawohngeld«).

■ **Verbot von Strom- und Gassperren** für alle Privathaushalte.

■ **Strom- und Gasanbieter** werden verpflichtet, Privatkunden ein **Grundkontingent kostenlos** oder kostengünstig

anzubieten. Alles, was über den durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird im Gegenzug teurer. Das entlastet Menschen mit geringen Einkommen und schafft Anreize für klimaschonendes Verhalten.

■ Der **CO₂-Preis** für das Heizen muss **vollständig von den Vermietern gezahlt** werden. Als Anreiz zum Austausch alter Heizungen kann er nur bei den Vermietern wirken. Mieter*innen haben keinerlei Einfluss auf die Art der Heizung in ihren Wohnungen.

■ **Kein Tarifabschluss unterhalb der Inflationsrate!** Dazu gehören Tariftreugesetze für öffentliche Aufträge, leichtere Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und die Fortgeltung von Tarifverträgen bei Auslagerung auf Subunternehmer.

■ Steuerfreibetrag auf 14.400 Euro im Jahr anheben! Diese **Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen** erhöht die Kaufkraft. Im Gegenzug braucht es endlich eine **höhere Besteuerung hoher Einkommen und großer Vermögen.**

Ich möchte weitere Informationen

Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.

Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.

Feminismus für die 99%

Zu den Aufgaben der LINKEN in der anstehenden Legislaturperiode

Die neue Regierung will fortschrittlich, liberal und feministisch erscheinen. Wir haben Zweifel. Wir freuen uns über einige dringend überfällige Verbesserungen. Aber auf den zweiten Blick wird an vielen Stellen deutlich: Die Regierung denkt nicht an alle, wenn sie verspricht, das Leben von Frauen zu verbessern. Ein gutes Beispiel dafür ist die Subventionierung der haushaltsnahen Dienstleistungen. Ein Zuschuss von 40 Prozent soll Familien entlasten, die sich Hilfe beim Putzen, Kochen oder Pflegen von Angehörigen holen wollen. Nur – wer kann sich die übrigen 60 Prozent überhaupt leisten? Prekär Beschäftigte, Arbeitslose, viele Alleinerziehende bestimmt nicht. Und wer soll diese Arbeit dann tun? Natürlich werden das weit überwiegend Frauen sein: Über deren Arbeitsbedingungen und Lohn steht nichts im Koalitionsvertrag.

Der Gedanke, allein die Bezahlung der Haus-, Sorge- und Pflegearbeit sei die Lösung, ist ein Irrweg. Vom Ampel-Feminismus werden Frauen profitieren, die es sich finanziell leisten können, indem sie die Arbeitskraft ärmerer, oft migrantischer Frauen nutzen. Entlastung gibt es für die, die es sich leisten können und nicht für die Alleinerziehende mit zwei Jobs und nicht für die ALG II - Bezieherin. Aufgabe der Linken ist es, diese Nebelkerze als das zu benennen, was sie ist – ein Projekt für die Besserverdienenden.

Die LINKE will eine Politik, die im Hier und Jetzt die Lebensbedingungen von allen Frauen merklich verbessert und sie konsequent vor körperlicher und ökonomischer Gewalt schützt. Dazu muss die soziale Frage und die Situation arbeitender Frauen in den Mittelpunkt feministischer Politik von links gerückt

werden.

Wir kämpfen für das Ende von prekären Arbeitsverhältnissen, für die Stärkung der Tarifbindung besonders in frauendominierten Berufen und den Ausbau von Kitas und einer voll finanzierten Pflegeinfrastruktur als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Gewerkschaften, Elternverbände und Selbstorganisationen von Beschäftigten fordern die Rückführung von Gesundheits-, Pflege- und Bildungseinrichtungen in die öffentliche Hand. Stattdessen lässt die neoliberale Handschrift des Koalitionsvertrags mehr Privatisierungen befürchten. Wir sagen: Es ist absurd die Grundbedingung unseres Lebens, Sorgearbeit, noch weiter als bisher der Profitlogik zu unterstellen.

Die Situation von Frauen, die jetzt schon mit schlechten Arbeitsbedingungen zu kämpfen haben, bleibt gleichbleibend unbefriedigend: Sachgrundlose Befristung, Arbeit auf Abruf und Leiharbeit bleiben bestehen. Mini- und Midijobs werden sogar ausgebaut, indem die Verdienstgrenze auf 520 Euro angehoben wird. Für Unternehmen bedeutet das eine deutliche Entlastung, während es für noch mehr Beschäftigte Existenzunsicherheit und Altersarmut befürchten lässt. Arbeitszeiten können noch weiter flexibilisiert werden.

Im Bereich der reproduktiven Gesundheit ist die geplante Streichung des § 219a StGB das Projekt, mit dem die Ampel sich profilieren will. Der viel substanziellere § 218 StGB wird jedoch ausgeklammert und in eine Kommission verschoben, statt klare Kante zu zeigen.

Wir fordern, dass der Schwangerschaftsabbruch aus dem Strafgesetzbuch gestrichen wird und ein Gesetz geschaffen wird, in dem Frauen einen Anspruch auf einen selbstbestimmten, sicheren und kostenlosen Abbruch haben. Dafür muss nicht nur das StGB geändert werden.

Schwangerschaftsabbrüche müssen Teil der der universitären Lehrpläne werden. Lücken in der flächendeckenden Versorgung müssen geschlossen werden: Es darf nicht sein, dass Frauen bis zur nächsten Beratungsstelle oder der nächsten Praxis, die Abbrüche durchführt, stundenlang fahren müssen. Beratung darf kein Zwang sein, sondern muss im Sinne der betroffenen Frauen bei Bedarf zur Verfügung stehen.

Doch Reproduktive Gerechtigkeit bedeutet auch, dass Verhütungsmittel vollständig von den Krankenkassen erstattet werden. Außerdem brauchen wir Forschung für bessere Verhütungsmittel, die Frauen nicht tiefgreifende Nebenwirkungen zumuten, und für Verhütungsmittel für Männer.

Wenn Frauen sich für eine Schwangerschaft entscheiden, müssen sie gut versorgt werden – in der Schwangerschaft, während der Geburt und darüber hinaus. Dazu braucht es ausreichend Hebammen, die ihren Job gerne machen, weil er sie nicht in den finanziellen Ruin treibt. Diese Maßnahmen sind es, die körperliche Selbstbestimmung sozial gestalten.

Die Vorhaben der Ampel im Bereich Gewaltschutz lesen sich vielversprechend, Erfassung von Kriminalität wird um die Kriterien Geschlecht und Sexualität erweitert, die Istanbul-Konvention soll umgesetzt werden – das klingt gut. Doch die Umsetzung wird der Knackpunkt, denn flächendeckende Versorgung mit Beratungsangeboten, Schutzräumen und Frauenhäusern sowie gut bezahltem Fachpersonal.

Das Problem der Finanzierung zieht sich durch den gesamten Koalitionsvertrag. Für uns ist der (neo)liberale Feminismus keine Option. Feminismus heißt immer auch, die soziale Frage zu stellen. Aufzuzeigen, wie Patriarchat und Kapi-



#8märz: Mehr als Blumen und Applaus!

Livestream am Internationalen Frauenkampftag
am 8. März ab 18 Uhr

talismus voneinander profitieren ist unsere Aufgabe. Wir werden uns nicht mit schönen Worten zufriedenstellen lassen.

Fortschritte bietet die Ampel insbesondere denjenigen, die jetzt schon sozial sicher leben können. Bei Mieten, unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und der ungerechten Verteilung von Geld,

Zeit und Sorgearbeit tut sich hingegen wenig. Gerade wegen der enormen Kluft zwischen Fortschritt durch feministische Liberalisierungen und dem Stillstand in den prekären Lebensbedingungen des ärmeren Drittels der Bevölkerung, wird die rechte Kritik an der Koalition auf eine soziale Basis stoßen. CDU, AfD

und andere antifeministische Gruppen werden die Regierung immer wieder für ihren vermeintlich zu weit gehenden Feminismus angreifen. Als einzige soziale Opposition können und müssen wir auch im Bereich der feministischen Politik von links Druck machen – mit einem sozialistischen Feminismus für die 99%.

Daraus ergibt sich für uns, folgende Bereiche in der kommenden Zeit in den Fokus zu rücken:

Arbeit, Zeit, Geld:

- Sogenannte Frauenberufe personell und finanziell aufwerten: Wir unterstützen die angekündigten Streiks in den Sozial- und Erziehungsberufen!
- Politischer Kampf gegen Mini- und Midijobs, Sachgrundlose Befristung, Leiharbeit und Arbeit auf Abruf, für Stärkung der Tarifbindung, für ein Recht auf eine Vollzeitstelle
- Ausbau flächendeckender Betreuungsangebote
- Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit
- Unterstützungsangebote durch eine echte Kindergrundsicherung statt Haushaltshilfenfinanzierung

Gewaltschutz

- Regierung in die Pflicht nehmen: Ausfinanzierte Hilfesysteme, bessere Prävention und Erfüllung der Istanbulkonvention statt unsozialer Eigenverantwortung gewaltbetroffener Frauen
- Herausforderungen digitaler Gewalt gegen Frauen in den Fokus nehmen und bekämpfen

Reproduktive Gerechtigkeit

- § 218 StGB aus dem Strafgesetzbuch streichen
- Flächendeckende Versorgung mit Beratung und Schwangerschaftsabbrüchen – kostenlos und diskriminierungsfrei!
- Versorgung von Schwangeren, Gebärenden und jungen Familien verbessern
- kostenlose Verhütung für alle sowie Gelder für die Erforschung neuer Verhütungsmittel, speziell auch für Männer

Am 8. März feministisch streiken!

Wir rufen die Kreisverbände zu Aktionen zum Internationalen Frauen*kampftag auf. Die Bundesgeschäftsstelle hat für den 8. März Flyer und Postkarten erstellt. Blumen-Bandrolen können im LINKE Shop bestellt werden. Wir freuen uns über zahlreiche Aktivitäten. Schickt uns anschließend gerne Fotos von euren Aktionen an lag-frauen@die-linke-bw.de!

In diesem Jahr wollen wir am 8. März die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst und ihre Gewerkschaft ver.di in ihrer Tarifrunde unterstützen. Über 80 Prozent der Beschäftigten sind Frauen*. Sie kümmern sich in Kitas, Jugendtreffs und Schulen um unsere Kinder und sie setzen sich in der Sozialen Arbeit für Menschen in schwierigen Lebens-

lagen ein. Für die Gesellschaft ist diese Arbeit unverzichtbar, für die Beschäftigten führt sie häufig in die Altersarmut. Das muss sich ändern! Wir fordern nicht nur am 8. März eine Politik, die den Lebensrealitäten von Frauen* gerecht wird und eine finanzielle und personelle Aufwertung von Berufen, in denen vor allem Frauen* arbeiten.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

POLITIKAKADEMIE FÜR JUNGE AKTIVE. VERÄNDERUNG BEGINNT VOR ORT

Ein Kurs über Theorie und Praxis linker Politik mit kommunalpolitischem Praxisschwerpunkt

Kurs: 5.-11. September 2022 | Vorbereitungstreffen: 9. Juli 2022

Linke Politik will die Welt verändern. Dazu braucht sie Wissen über die Gesellschaft und über die Machtverhältnisse, die sie verändern will. Sie braucht Menschen, die sich vor Ort engagieren wollen und die bereit sind, sich mit anderen gemeinsam einzusetzen. Linke Politik braucht Menschen, die sich nicht abschrecken lassen von der Macht der Anderen und die Spaß daran haben, sich mit anderen zu vernetzen und zu organisieren.

Mit dem Kurs *«Politikakademie für junge Aktive. Veränderung beginnt vor Ort»* wollen wir jungen Menschen theoretische Denk- und praktische Handwerkzeuge vermitteln, um sie zu befähigen, zu Akteuren linker Politik vor Ort zu werden. Im Kurs wollen wir Grundfragen linker Politik, linker Geschichte, linker Theorie und linker Praxis diskutieren. Der Kurs wird einen Praxisschwerpunkt auf linke Kommunalpolitik haben.

Alle Infos und Anmeldung hier: bw.rosalux.de/news/id/45792

25. FEBRUAR, 19:30 UHR | ONLINE

«Kapital und Ressentiment», Wie Google, Amazon, Facebook und Blackrock immer mehr Macht, Einfluss und Kapital in ihren Händen konzentrieren

25. FEBRUAR, 19:30 UHR | OFFENBURG

Linkes Zentrum R12, Rammersweierstraße 12
Zeitenwende. China, USA, Europa nach Corona

11. MÄRZ, 19:30 UHR | ONLINE

Rosa Luxemburg - Streiterin für die Utopie einer gerechten Gesellschaft

28. MÄRZ, 18:30 UHR | STUTTGART

Kino Atelier Am Bollwerk, Hohe Str. 26
Zeitenwende. China, USA, Europa nach Corona

24. MAI, 19:00 UHR | STUTTGART

Lern- und Gedenkort Hotel Silber, Dorotheenstr. 10
Ignorierte KZ-Opfer. Wer sind sie? Was wurde für ihre Anerkennung erreicht?



Mietenkampagne des Landesverbands: Die Mieten müssen wieder sinken!

In Baden-Württemberg liegen 15 der 30 teuersten deutschen Städte. Auch in kleineren Städten und im ländlichen Raum wird es immer schwerer, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Jeden Tag sinkt die Zahl der Sozialwohnungen, weil mehr Wohnungen aus der Sozialbindung fallen als neue Sozialwohnungen entstehen. Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit nimmt zu, immer mehr Menschen finden einfach keine Wohnung oder zahlen weit über 30 Prozent ihres Einkommens für die Miete. Teure Mieten sind die soziale Frage unserer Zeit.

Auf dem letzten Landesparteitag im Oktober haben wir die Gründung einer Kampagne für bezahlbares Woh-

nen und eine soziale Mietpolitik beschlossen. Mit einer landesweiten Kampagne wollen wir uns für bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum einsetzen, unsere Kommunalpolitiker:innen vernetzen und stärken, lokale Initiativen unterstützen und Bündnisse für einen landesweiten Volksantrag für eine soziale Mietpolitik knüpfen. In diesem Jahr starten wir mit einer Bildungsoffensive, ersten öffentlichen Aktionen und der Vorbereitung des Volksantrags. Die Sammlung der Unterschriften für den Volksantrag wollen wir 2023 beginnen und den Antrag vor der Kommunalwahl 2024 beim Landtag einreichen.

Im März werden wir mit ersten

Aktionen in die Öffentlichkeit gehen. Dafür brauchen wir euch vor Ort: Mit interaktiven Infoständen wollen wir landesweit zu den Demonstrationen am Housing Action Day am 26.3. mobilisieren und die lokalen Wohnraumbündnisse unterstützen.

Wenn du Lust hast gemeinsam mit anderen im Landesverband die Kampagne zu gestalten, dann bist du herzlich zu den Treffen des Kampagnenrats eingeladen. Wir treffen uns einmal im Monat online. Die Termine findest du auf der Webseite. Wenn du keine Infos zur Kampagne verpassen willst, kannst du dich unter mietenaufbruch@linke-bw.de in den Newsletter der Kampagne eintragen lassen.

Gemeinderatsfraktion *Eine Stadt für alle* in Freiburg: Mehr Mitbestimmung bei städtischer Wohnungspolitik

Vor einem Jahr kam in Stadtverwaltung und Stadtbau-Geschäftsführung die Idee auf, 120 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umzuwandeln. Gegen die Stimmen unserer Mitglieder im Aufsichtsrat wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit dazu ein Beschluss gefasst. Der zuständige Sanierungsbeirat wurde vorher nicht gehört. In den folgenden Monaten führte starker Protest aus der Bürger:innenschaft, ehrenamtliches Engagement und am Ende auch ein Rechenfehler dazu, dass das Projekt nicht verwirklicht wurde. Die 120 Mietwohnungen werden jetzt saniert und bleiben als Mietwohnungen erhalten. Ein wichtiger Erfolg für die Mieter:innen in unserer Stadt!

FSB-Wohnungspolitik muss in Gemeinderat

Um künftig von Anfang an eine politische und öffentliche Debatte führen zu können und um sicherzustellen, dass Sanierungsbeirat und Öffentlichkeit zu solchen Vorhaben rechtzeitig Stellung nehmen können, hat unsere Fraktion zu-

sammen mit SPD/Kulturliste und JUPI einen Antrag eingereicht, der einfordert, dass Entscheidungen über Verkäufe von Mietwohnungsbeständen künftig im Gemeinderat behandelt werden sollen, statt nicht-öffentlich lediglich im FSB-Aufsichtsrat.

Uns ist wichtig, dass der Umgang mit Mietwohnungen in öffentlichem Besitz auch ein Thema im demokratisch gewählten Gemeinderat werden kann. Dieser Antrag steht in der nächsten Sitzung des Gemeinderats zur Abstimmung. Ebenso wollen wir die Rolle der aller Beiräte in Umstrukturierungsprozessen weiter stärken.

Jede Mietwohnung zählt

In einer Zeit, in der die Zahl der Sozialwohnungen in der Stadt zurückgeht, die Mieten auf dem freien Markt stetig steigen, ist der Verkauf – und damit der Verlust – von Mietwohnungen eine Frage der Öffentlichkeit, erfordert Transparenz und die klare Mitbestimmung der Sanierungsbeirat:innen und des Gemeinderats.

Dahinter steht auch die Frage, ob eine Finanzierung der Stadtbau auf Basis eines Verkaufs bestehender Mietwohnungen getätigt werden soll, oder ob dazu weitere Mittel aus dem städtischen Gesamthaushalt bereitgestellt werden müssen, um die Wohnungsbestände der Stadtbau zu erweitern. Wir stellen auch in Frage, ob ein Verkauf von Bestandswohnungen, bei steigenden Baukosten und Grundstückspreisen, wirtschaftlich überhaupt sinnvoll sein kann. Das alles ist aus unserer Sicht keine alleinige Frage der Unternehmensführung der Stadtbau, sondern eine Frage, die der Gesellschafter der Stadtbau – und das sind wir alle – mit allen Konsequenzen diskutieren und entscheiden muss.

(Gregor Mohlberg und Lina Wiemercialowicz)

Zur Info: die Fraktion Eine Stadt für alle im Freiburger Gemeinderat ist ein Zusammenschluss bestehend aus 7 Stadträt:innen: Linke Liste (3), der Grüne Alternative (3) und Unabhängige Frauen (1). <https://www.eine-stadt-fuer-alle.de/>

Kreisverband Stuttgart: Neues Infoblatt - nicht nur für SWSG-Haushalte

Trotz Protest der Mieter*innen und gegen die Stimmen der LINKEN stimmte eine Parteienmehrheit aus Grünen, CDU, AfD, FDP und freien Wählern für Mieterhöhungen in 2022. Wir haben einen großen Teil der Haushalte über die drohenden Erhöhungen informiert und waren auf vielfältige Weise an der Organisierung von Protesten beteiligt. Infos für Mieter*innen und Interessierte gibt es auf www.die-linke-stuttgart.de.

Mit der Januar-Ausgabe des Kreis-Infoblatts wollen wir alle Mieter*innen zum Abschluss der Kampagne über die unerfreuliche Entscheidung informie-

ren, und Unterstützung für die Zukunft anbieten.

Das Infoblatt richtet sich allerdings nicht nur an Mieter*innen der SWSG-Wohnungen. Im Infoblatt finden sich weitere Texte: ein allgemeiner Text zur Wohnungsfrage und ein Bericht über die Initiative der Klinikumsbeschäftigten für eine Entgeltzulage. Das Infoblatt könnt ihr hier einsehen:

<https://gleft.de/4xx>



Debatte in Tübingen zum Thema Kommunales Vorkaufsrecht

Mit einem offenen Brief hat das Tübinger Wohnraumbündnis eine kommunale Debatte zum Vorkaufsrecht ausgelöst.

Antwort auf einen offenen Brief

Liebe Aktive vom Tübinger Wohnraumbündnis,

vielen Dank für euren Offenen Brief zum Thema: „Vorkaufsrechte stärken - gegen Immobilienspekulation, hohe Mieten und Verdrängung!“. Wir teilen eure politischen Einschätzungen und Forderungen. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat deshalb bereits am 9. Dezember 2021 einen Antrag (Drucksache 20/236) eingebracht, in dem sie die Bundesregierung auffordert,

1. sofort einen Gesetzentwurf für ein rechtssicher anwendbares gemeindliches Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten vorzulegen. Insbesondere muss die Neufassung des § 26 Nummer 4 BauGB auch die Anwendung des Vorkaufsrechts bei zukünftig zu erwartender erhaltungswidriger Nutzungsabsicht ermöglichen;
2. dabei sicherzustellen, dass auch für klageanhängige Vorkaufsfälle eine rechtssichere Lösung im Interesse der Kommunen bzw. der Bewohnerinnen und Bewohner gefunden wird,
3. einen Gesetzentwurf vorzulegen, der dafür Sorge trägt, dass die bereits

getroffenen Abwendungsvereinbarungen rechtssicher Bestand haben.

Wir haben auch unsere zuständige Fachpolitikerin Caren Lay um eine ausführlichere fachliche Antwort gebeten, die wir aber erst im Januar nachliefern können. Die Linke-Gemeinderatsfraktion hat bereits anlässlich der Beschlussfassung zum städtebaulichen Rahmenplan WHO beantragt, dass die Stadtverwaltung die Erarbeitung einer Milieuschutz- bzw. Erhaltungssatzung prüft.

Mit freundlichen Grüßen,

Jessica Tatti, Bundestagsabgeordnete der Linken, Reutlingen.

Gerlinde Strasdeit, Fraktionsvorsitzende der Linken im Tübinger Gemeinderat

Was machen wir mit einer Million?



Sieh mal an! Kaum zu glauben, der Gemeinderat Tübingen verschenkt eine Million! Gerade in den Gemeinderat nachgerückt, hatte ich schon in der ersten Sitzung ein Erlebnis der besonderen Art. Der Sachverhalt, der zur Abstimmung stand: 2009 verkauft die Stadt der Firma Manz zur Betriebserweiterung ein Gelände von 14 815 Quadratmetern zum Preis von 80 Euro pro Quadratmeter. Allerdings unter der Bedingung, dass innerhalb von zehn Jahren gebaut werden muss, ansonsten kann die Stadt das Grundstück zum Verkaufspreis zurück erwerben. Gebaut wird nichts, 2019 wird die Frist noch einmal bis

Ende 2022 verlängert.

Bebaut wird dann immer noch nicht, aber Manz hat eine andere Idee. Im Dezember 2021 wird ein Teil des Grundstücks an eine andere Firma verkauft, die bis 2026 auf dem Gelände bauen will. Nun ist nach der vertraglichen Regelung dies allerdings nur mit Zustimmung des Gemeinderats möglich. Dies ist auch gut so, will Tübingen doch zu Recht sicherstellen, dass städtischer Boden für nachhaltiges Gewerbe verwendet und nicht zur Spekulation missbraucht wird.

Am Donnerstag kam daher der Verkaufswunsch der Firma zur Abstimmung im Gemeinderat. Angesichts der Sachlage musste es schon recht befremdlich anmuten, dass der Beschlussantrag der Verwaltung tatsächlich vorschlug, dem Verkauf zuzustimmen. Und das, obwohl in derselben Vorlage der aktuelle Bodenrichtwert beim Weiterverkauf des Geländes mit 145 Euro taxiert wird und ein Rückkauf zu 80 Euro pro Quadratmeter im Januar 2023 möglich wäre. Satte 65 Euro Mehrerlös pro Quadratmeter für Manz oder knapp 1 Million

Gewinn aus dem Grundstücksgeschäft mit der Stadt Tübingen! Wenn das kein Spekulationsgewinn ist!

Die Linke stellte jedenfalls den Antrag, dem Verkauf nicht zuzustimmen und das Grundstück zurückzukaufen. Ein Weiterverkauf an die am Erwerb interessierte Firma wäre auch dann ohne große Verzögerung möglich. Was in der Aussprache des Gemeinderats folgte, lässt sich kaum fassen. Mit Ausnahme einer Fraktion war der Tenor der Stellungnahmen insbesondere der großen Fraktionen unisono: Ja, der Deal sei unglücklich gelaufen, es gäbe gewisse Bedenken zuzustimmen, der Weiterverkauf mit viel höherem Erlös sei problematisch. Trotzdem werde dem Verkauf zugestimmt. Begründung: keine; lediglich, die Sache solle jetzt schnell vom Tisch (warum eigentlich?). Liebe Ratskolleginnen und -kollegen, diesen Umgang mit Steuermitteln werden Sie Ihren Wählern erklären müssen!

Wilhelm Bayer, Stadtrat der Tübinger Linken

(Mittwochspalte im Schwäbischen Tagblatt vom 1.2.2022)

Linke Ostalb fordert kreiseigene Wohnbaugesellschaft

Die Fraktion DIE LINKE im Kreistag des Ostalbkreises fordert die Gründung einer kreiseigenen Wohnbaugesellschaft. In der Begründung des Antrages heißt es:

Bezahlbarer Wohnraum gilt neben dem Klimawandel als eines der „Megathemen“ unserer Zeit. Mittlerweile ist es gesellschaftlicher Konsens, dass wir dem freien Markt bei diesem

Thema der Daseinsvorsorge nicht das Feld überlassen können. Die Fraktion DIE LINKE meint, dass auch der Landkreis dafür Geld in die Hand nehmen muss. Die Situation ist mittlerweile so angespannt, dass sogar Menschen mit mittlerem Einkommen sich keine Wohnung mehr im Ostalbkreis leisten können. Die Nachfrage übersteigt das Angebot und erhitzt damit den Markt.

In der Tat sind die Kommunen für den sozialen Wohnungsbau verantwortlich. Doch die meisten Gemeinden sind zu klein, um sich dieser Herausforderung zu stellen. Deshalb ist der Landkreis gefragt. Andere Landkreise haben in den vergangenen Jahren bereits diesen Schritt gewagt und kreiseigene Wohnbaugesellschaften gegründet.

Die LINKE Schwetzingen feiert den Erfolg für das Engagement Ohne Ticket, aber dafür voll elektrisch

„Spiel, Satz, und Sieg •.. diese Analogie aus dem Tennissport ist durchaus zutreffend. Das Spiel war der Kampf, nicht mit Schläger und Ball, sondern mit Worten und Argumenten“, so die LINKE Schwetzingen in einer aktuellen Pressemitteilung im Nachgang zur letzten Gemeinderatssitzung. Der Satz symbolisiere die Gespräche mit den einzelnen Fraktionen im Stadtrat und zuletzt den Sieg, den aus Sicht der Partei eindeutig die Menschen in Schwetzingen davontragen, die bald ticketfrei mit dem neuen Stadtbus fahren können.

Ganz zu Beginn war die Mehrheit des Stadtrats nicht gerade „Feuer und Flamme“ vor Begeisterung, den künftigen Stadtbus ticketfrei für alle Menschen zu machen, erinnert man sich zurück. Jedoch sei es LINKEN-Stadtrat Werner Zieger nach langen Gesprächen und viel Überzeugungsarbeit gelungen, diesen Punkt aus dem kommunalen Wahlprogramm aus 2019 zu realisieren, wofür die LINKEN-Ortsgruppe Schwetzingen auch immer auf der Straße geworben habe. Die Partei strebt auf lange Sicht an, den gesamten ÖPNV ticketfrei zu machen - das bedeute jedoch noch lange Zeit viel Überzeugungsarbeit gegenüber der Öffentlichkeit. „Jedoch auch eine große Idee beginnt oft im Kleinen und so, im ganz Kleinen, beginnt es erst mal auf kommunaler Ebene mit dem neuen Stadtbus in Schwetzingen“, zeigt man sich zufrieden mit dem ersten Erfolg.

Im Jahr 2023 ist es dann so weit, im Zuge der ÖPNV- Ausschreibung des

Lincnbündels zwei soll der neue Stadtbus seine Arbeit aufnehmen. „Mit mehr Haltestellen wie zuvor, wobei die Wünsche der Mitbürgerinnen und Mitbürger vom Stadtrat aufgenommen und umgesetzt wurden“, so die Partei. Auch der weit verbreitete Wunsch in der Bevölkerung nach mehr Ökologie wurde laut LINKE erfolgreich umgesetzt, da der neue Stadtbus voll elektrisch fährt. „Man stelle sich das einmal vor: Man steht an der Haltestelle, der Bus kommt und man steigt einfach ein ohne Fahrkarte, der Bus nimmt nahezu geräuschlos die Fahrt auf und man fährt an sein Ziel und steigt einfach wieder aus. Das ist nun, ab 2022, die Realität in Schwetzingen, wenn man den neuen Stadtbus nutzt. Und das werden die Menschen mit wach-



Stadtrat Werner Zieger bei einer Aktion für kostenlosen ÖPNV

sender Begeisterung auch machen“, davon ist Stadtrat Werner Zieger voll und ganz überzeugt. Nun liege es an den Bewohnern oder auch den vielen Besuchern der Stadt, dieses tolle Angebot so oft es ihnen möglich ist einfach und ticketfrei zu nutzen, so die LINKE.

Städtetag: Investitionsstau für kommunale Infrastruktur bei 150 Milliarden Euro

Zahlreiche Straßen, Brücken und Schulen in den Kommunen sind sanierungsbedürftig. Der Deutsche Städtetag bemängelt einen Investitionsstau von insgesamt knapp 150 Milliarden Euro. Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy fordert mehr Geld aus Steuermitteln für Städte.

Berlin, 19. Januar: Der Deutsche Städtetag hat einen Investitionsstau von rund 150 Milliarden Euro für kommunale Infrastruktur beklagt und mehr Geld aus Steuermitteln für Städte gefordert.

„Die KfW geht bundesweit davon aus, dass sich der kommunale Investitionsstau für Schulen, Kitas, Sport-

stätten oder gute digitale Angebote auf rund 150 Milliarden Euro beläuft, davon rund 34 Milliarden Euro für Straßen und Brücken“, sagte Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). „Wir müssen kräftig investieren. Das klappt nur mit einem höheren Steueranteil für die Städte.“

Technologieparks: Flächendeckende Privatisierung und Versiegelung

Kurz vor Weihnachten gab die Landesregierung bekannt, 236 Mio. Euro in den Bau von drei neuen Gebäuden im Technologiepark auf der Oberen Viehweide in Tübingen zu stecken. Laut Schwäbischem Tagblatt erfüllt das Land damit „eine Bedingung für das Engagement“ der Stiftung des SAP-Gründers und Milliardärs Hans-Werner Hector, die weitere 100 Mio. Euro für die Forschung an Künstlicher Intelligenz in Tübingen bereitstellen will. Bislang hat das Land nach eigenen Angaben 140 Mio. in das Cyber Valley investiert. Weitere Mittel kamen außerdem vom Bund, der EU und privaten Geldgebern bzw. Unternehmen. Die Kommune unterstützt das Projekt v.a. durch die Bereitstellung sehr günstigen Baugrundes, Infrastrukturmaßnahmen und z.B. den Bau eines „Landschaftsparks“, um das Gelände für ansässigen Unternehmen und Institute aufzuwerten.

Nicht enthalten sind darin z.B. die sechzig Mio. Euro, welche Bund und Land zum Bau einer Batteriefabrik bei Kusterdingen beisteuern, die zunächst dreizehn und später bis zu 80 Mitarbeiter*innen

beschäftigen soll. Betreiber ist ein Joint Venture unter Führung des Autobauers Porsche, der seinerseits „einen mittleren zweistelligen Millionenbetrag“ investieren will. Über den Verkaufspreis für den Baugrund wurde in diesem Fall angeblich Stillschweigen vereinbart. Amazon (bzw. der Projektentwickler Reisch für Amazon) – wie Porsche und Bosch „Industriepartner“ im Cyber Valley – hat die äußerst attraktiven Flächen inmitten des Technologieparks für schlappe 500.000 Euro bekommen. Bosch hat bereits 2019 die Option für den Bau eines ganzen KI-Campus auf dem benachbarten Horemer erhalten.

Ogleich Landesregierung, beteiligte Wissenschaftler*innen, Pressesprecherinnen und auch manche Kommunalpolitiker*innen das Cyber Valley gerne als „Spitzenstandort“ und „Leuchtturmprojekt“ mit internationalem Ruf und „Strahlkraft“ beschreiben, ist es letztlich ein Projekt unter vielen und wenig mehr als ein – vielleicht besonders intensiv beworbenes – Beispiel für einen flächendeckenden Prozess. Landes- und

bundesweit werden allerorten Technologieparks und Innovationscluster aus dem Boden gestampft und von einer unüberschaubaren Vielfalt an IT-Firmen, Steuerberatungen und Immobiliendienstleistern besiedelt, die oft mehr an Briefkastenfirmen erinnern, denn an das gängige Bild erfolgreicher Startups. Ganz offensichtlich ist es einfacher, hierfür neue Flächen zu erschließen, als für Wohnbebauung und rentabler, dort Büroflächen mit mäßiger Auslastung zu vermieten, als Wohnraum. Treibende Kräfte sind hierbei neben Immobilienentwicklern Energieversorger, Kapitalfonds sowie besonders im „Ländle“ Automobilkonzerne und ihre Zulieferer, die sich bei Bedarf brauchbare Startups nach jahrelanger öffentlicher Förderung einverleiben und kein Problem damit haben, wenn der Rest nach ebenfalls jahrelanger öffentlicher Förderung sang- und klanglos eingeht. Übrig bleiben auch dann zumindest privatisierte und zubetonierte Flächen.

*Christoph Marischka, Tübingen
(Gastbeitrag)*

Stromsteuer für Personen- und Güterverkehr auf der Schiene abschaffen

Im Verkehrsausschuss des Bundestags wurde in dieser Woche über die Gefahr steigender Stromkosten für den klimafreundlichen Schienenverkehr debattiert. Deutschland ist bei der Höhe der Strompreise in der EU an der Spitze. Es gibt die Gefahr einer weiteren Verlagerung des Personen- und Güterverkehrs von der Schiene auf die Straße.

Bernd Riexinger, MdB aus Stuttgart und Sprecher für nachhaltige Mobilität der LINKSFRAKTION erklärt dazu:

„Die Deutsche Bahn zahlt die EEG Umlage, sie muss für 100 Prozent der CO₂-Zertifikate im Emissionshandel kostenpflichtig aufkommen und sie muss die Stromsteuer bezahlen, trotz massiv steigender Strompreise. Gleichzeitig genießen konkurrierende Verkehrsträger wie der Luftverkehr und die Binnenschiffahrt eine Reihe von Privilegien. Flugzeuge und Binnenschiffe sind von der Mineralöl- und Ökosteuern befreit und nur 15 Prozent der CO₂-Zertifikate sind für den Luftverkehr kostenpflichtig.“

Es ist an der Zeit, dass dieses Missverhältnis umgekehrt wird. Klimaschädliche Subventionen für den Luftverkehr müssen beendet werden, stattdessen muss der Personen- und Güterverkehr bevorzugt werden. Die Stromsteuer muss für den Schienenverkehr auf Null gesetzt werden, so wie auch in Österreich und anderen Ländern der EU. Damit eine sozial-ökologische Mobilitätswende gelingt, ist es unerlässlich,

den Personen- und Güterverkehr auf der Schiene gegenüber dem klimaschädlichen Luft- und Binnenschiffsverkehr zu bevorzugen.

Notwendig sind auch massive finanzielle Investitionen in Elektrifizierung von Schienenstrecken. Die Ampelregierung muss die bisherige Methodik bei der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zum Ausbau der Elektrifizierung des Schienenverkehrs im Bundesverkehrswegeplan verändern. Klimaschutz und Netzwirksamkeit sind dann deutlich

besser in der Bemessung zu berücksichtigen. Es wäre ein grober Unsinn, wenn die Elektrifizierung wichtiger Strecken aufgrund falsch angelegter Wirtschaftlichkeitsberechnungen gestoppt würde.

Die Entscheidungsgrundlage für den klimafreundlichen Bahnverkehr darf nicht mehr mit der Denkweise und den Grundlagen des letzten Jahrhunderts stattfinden. Elektrifizierung führt schließlich dazu, dass Züge schneller, leiser, umweltfreundlicher und günstiger unterwegs sind.“

Buchempfehlung:

**Mario Candeias / Stephan Krull
Spurwechsel**

Studien zu Mobilitätsindustrien, Beschäftigungspotenzialen und alternativer Produktion

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Es braucht dringend Schritte in Richtung einer Mobilitätswende, eines sozial-ökologischen industriellen Umbaus der Mobilitätsindustrien und gerechte Übergänge für die Betroffenen.

Inhalt & Leseprobe:

www.vsa-verlag.de-Candeias-Krull-Spurwechsel.pdf

Die Herausgeber:

Mario Candeias ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der RLS. Stephan Krull war Betriebsrat bei VW Wolfsburg und ist jetzt Koordinator des Gesprächskreises »Zukunft Auto.Umwelt. Mobilität« der RLS.



Stuttgart darf nicht Detroit werden Mobilitätswende schafft neue Jobs

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung verdeutlicht in ihrer im Januar veröffentlichten Studie „Spurwechsel - Studien zu Mobilitätsindustrien, Beschäftigungspotenzialen und alternativer Produktion“, dass mit einer sozial-ökologischen Mobilitätswende viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Bernd Riexinger, MdB aus Stuttgart und Sprecher für nachhaltige Mobilität für DIE LINKE im Bundestag erklärt zur RLS-Studie:

„Eine Mobilitätswende ist nur mit einer sozial-ökologischen Transformation der Automobilwirtschaft möglich. Die heute von der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlichte Studie „Spur-

wechsel“ führt dies mit wissenschaftlich erhobenen Daten deutlich vor Augen. Mit einer sozial-ökologischen Mobilitätswende können hunderttausende neue und zusätzliche Jobs entstehen. Eine Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 ist möglich, wenn die Automobilindustrie zu einer nachhaltigen Mobilitätsindustrie umgebaut wird. Die Ampelkoalition und Verkehrsminister Wissing fahren allerdings in die komplett falsche Richtung.

Es ist nicht damit getan, Millionen kraftstoffbetriebener PKWs mit weiteren 15 Millionen elektrobetriebenen PKWs zu ergänzen. Diese Strategie mag zwar die Gewinne von Automobilunternehmen

auf Kosten vieler Arbeitsplätze und Beschäftigten steigern, dem Klima ist damit nicht geholfen. Notwendig sind Investitionen in Bus und Bahn, in den Ausbau der Schiene, in Radverkehr und den Umbau von Städten und Gemeinden. Das schafft zusätzliche klimafreundliche Arbeitsplätze. In der Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung werden konkrete Einstiegsprojekte und Ansatzpunkte vorgestellt. Dazu sind deutlich höhere Investitionen nötig, als von der Ampelkoalition bisher geplant.“

Link zur Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung: <https://www.rosalux.de/publikation/id/45668/und-was-ist-jetzt-mit-meinem-job>

Solidarität mit Rojava. Kampf dem türkischen Großmachtstreben

Beschluss des Parteivorstandes vom 12. Dezember 2021

DIE LINKE solidarisiert sich mit der Bevölkerung in Rojava/Nordsyrien gegen den Angriffskrieg der imperialistisch agierenden Türkei. Sie verurteilt außerdem jedwede militärische Kooperation anderer Länder mit der türkischen Armee und lehnt den Export von Waffen und Rüstungsgütern in die Türkei und die gesamte Region ab.

DIE LINKE fordert konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der kurdischen Selbstverteidigungskräfte YPG und YPJ, sowie der Zivilbevölkerung vor Ort.

Dazu zählen:

- medizinische, hygienische und Nahrungs-Hilfslieferungen nach Rojava/

Nordsyrien;

- Öffnung der Grenzen zwischen der Türkei und Syrien für Hilfslieferungen;
- Entsendung medizinischer Hilfe nach Rojava, sofern die Sicherheit der Helfer*innen gewährleistet werden kann;
- finanzielle Mittel zum Wiederaufbau der lokalen Infrastruktur;
- gezielte Entwicklungszusammenarbeit zur Minimierung der Folgen der Coronapandemie;
- Öffnung der Grenzen zwischen der Türkei und Syrien für Hilfslieferungen

DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, jegliche polizeiliche, militärische und geheimdienstliche Zusammen-

arbeit mit der türkischen Regierung einzustellen, und die völkerrechtswidrigen Aktionen der Türkei im Norden Syriens zu verurteilen, und sich für eine Versorgung der Menschen vor Ort einschließlich der zahlreichen Geflüchteten und die Aufkündigung des EU-Türkei-Deals stark zu machen.

DIE LINKE fordert die Entkriminalisierung kurdischer Aktivitäten in Deutschland und die Forderung nach Streichung von der EU-Terrorliste. Sie fordert ein Ende der Repression gegen aktive und passive Unterstützer der YPG/YPJ und die Freiheit politischer kurdischer Gefangener. Des Weiteren bekräftigt sie erneut die Ablehnung des PKK-Verbot in Deutschland und wirkt auf dessen Aufhebung hin.

Meşale Tolu: „Nach 4 Jahren, 8 Monaten und 20 Tagen: Freispruch in beiden Anklagepunkten!“

Das twitterte die Ulmer Übersetzerin und Journalistin Meşale Tolu am 17. Januar nach der Urteilsverkündung in Istanbul. Sie und ihr Mann Suat Çorlu waren unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ und „Terrorpropaganda“ angeklagt. Tolu war im April 2017 in Istanbul festgenommen worden und saß sieben Monate in Untersuchungshaft, zeitweilig mit ihrem kleinen Sohn. Sie hatte für in der Türkei u.a. für die linke Nachrichtenagentur ETHA gearbeitet. Ihr Mann war zu diesem Zeitpunkt Mitglied des ESP-Vorstandes. Die ESP (Sozialistische Partei der Unterdrückten) ist eine der Teilorganisationen der HDP (Demokratische Partei der Völker).

Nach internationalen Protesten und einer Begleitung des Prozesses u.a. von der damaligen Tübinger LINKE-Bundestagsabgeordneten Heike Hänsel kam Tolu Ende 2017 aus der Untersuchungs-

haft und konnte dann im August 2018 nach Aufhebung der Ausreisesperre nach Deutschland zurückkehren. Ihr Mann konnte 2019 aus der Türkei ausreisen.

Auf Anfrage von der LINKEN-MdB Gökay Akbulut erklärte die Bundesregierung im August letzten Jahres, dass rund 60 Deutsche in der Türkei in Haft saßen und gegen weitere 60 ein Ausreiseverbot bestand. In der Regel besteht der Vorwurf in „Mitgliedschaft in“ oder „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“, „Terrorpropaganda“ oder „Beleidigung des Staatspräsidenten“.

Tausende HDP-Funktionäre und Parlamentsabgeordnete, Bürgermeister*innen, Journalist:innen, Gewerkschafter:innen und Oppositionelle sitzen in den Gefängnissen. Seit Monaten läuft der sog. Kobane-Prozess, in dem über 100 führende HDP-Mitglieder angeklagt sind. Derzeit ist die HDP direkt von einem Verbot durch das Verfassungsgericht bedroht.

Nach aktuellen Umfragen hat die Regierung die Regierungskoalition von AKP-MHP keine Mehrheit mehr. Die nächsten Präsidenten- und Parlamentswahlen stehen spätestens 2023 an. Die Politik des Präsidenten Erdoğan und seiner Regierung treiben die Menschen immer mehr in Armut und Elend. Die Inflationsrate liegt um 30 Prozent. Grundnahrungsmittel, Benzin oder Heizstoffe sind mittlerweile selbst für die Mittelschichten oft nicht mehr finanzierbar. Hunderte Millionen werden in den Krieg gegen die Kurden im Nordosten der Türkei, in Rojava und dem Nordirak gepumpt.

Die Politik des Schweigens der deutschen Bundesregierung zu den Menschenrechtsverletzungen und der Besetzung von Teilen Rojavas durch das türkische Militär trägt genauso wenig zur Entspannung bei wie die Verfolgung der Rojavasolidarität und der kurdischen Bewegung in Deutschland.

Statt wechselseitiger Drohgebärden brauchen wir eine kluge Entspannungspolitik.

Gemeinsame Erklärung von Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler, Parteivorsitzende der LINKEN, sowie von Dietmar Bartsch und Amira Mohamed Ali, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag, zum Konflikt zwischen Russland und der Ukraine:

„DIE LINKE lehnt jegliche militärische Drohgebärden ab. Krieg darf niemals Mittel der Politik sein. Der militärische Aufmarsch Russlands an der Grenze zur Ukraine ist kreuzgefährlich und falsch. Wir bekräftigen die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine. Zugleich ist die Besorgnis Russlands vor einem weiteren vorrücken der NATO gen Osten nachvollziehbar.

Statt wechselseitiger Drohgebärden brauchen wir eine kluge Entspannungspolitik. Stattdessen wurde Minsk II bis heute nicht umgesetzt. Aber wenn Ent-

spannungspolitik im hoch-ideologisierten Kalten Krieg möglich war, dann ist sie es auch heute. Der Dialog und der politische Prozess müssen reaktiviert werden.

Es ist gut, dass sich die Vereinigten Staaten und Russland direkt austauschen, doch darf es nicht dazu kommen, dass über die Köpfe der Ukrainerinnen und Ukrainer sowie der übrigen Europäerinnen und Europäer hinweg verhandelt wird. Es kommt in diesem Konflikt insbesondere auch auf die Rolle Deutschlands und Europas an. Es wäre zielführender, Europas Sicherheitspolitik nicht im Rahmen der NATO zu gestalten. Die Fokussierung auf ein Militärbündnis behindert den politischen Prozess: Aufrüstung, Manöver, Gefechtsfähigkeit, Osterweiterung der NATO - all das ist Gift für die politische Bearbeitung des

Konflikts. Frankreich und Deutschland sollten deshalb eine vermittelnde Rolle im Konflikt einnehmen.

Wir bekennen uns zu den Zielen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Der Traum eines Friedensraumes von Vancouver bis Wladiwostok kann aber nur dann erreicht werden, wenn niemand Hegemonialansprüche stellt - der Hegemonialanspruch der NATO ist ein wesentlicher Teil des Konflikts.

Die aktuelle Zuspitzung zeigt: Wir brauchen eine souveräne und neue Sicherheitsarchitektur für Europa. Ein erster Schritt wäre die Vereinbarung eines militärfreien Sicherheitskorridors zwischen den osteuropäischen NATO-Staaten und der Russischen Föderation. Dies würde den wechselseitigen Sicherheitsinteressen Rechnung tragen.“

„Den Frieden gewinnen nicht den Krieg“

Unter diesem Motto gab es am 28./29. Januar in Tübingen und Stuttgart Friedenskundgebungen der Gesellschaft Kultur des Friedens und weiterer Friedensgruppen, die sich für eine friedliche Lösung des Ukraine-Konfliktes und ein Ende der Kriegspropaganda einsetzten. Dort sprach auch die ehemalige MdB der Linken, Heike Hänsel: „Der Ukraine-Konflikt kann nur am Verhandlungstisch gelöst werden, nicht durch Rüstungslieferungen aus Deutschland – seien es Helme oder Haubitzen! Die Bundesregierung muss Waffenlieferungen ablehnen und auch Kiew zur Einhaltung des Minsker Abkommens drängen und jeden weiteren Einsatz von türkischen Kampfdrohnen durch die Ukraine unmissverständlich verurteilen. Wer die wachsende Kriegsgefahr in Europa stoppen will, darf nicht weiter wie die NATO unter US-Führung Öl ins Feuer gießen! Wer es ernst meint mit Sicherheit, Stabilität und Frieden in Europa, darf die Sorgen Russlands mit Blick auf die NATO-Osterweiterung nicht länger ignorieren. Und Deutschland ist schon aus historischer Verantwortung

heraus dazu besonders verpflichtet. Stabilität und Sicherheit in Europa gibt es nur mit, nicht gegen Russland. Das heißt: gemeinsame Sicherheit, die aufbaut auf Vertrauen, Rüstungskontrolle und Abrüstung! In Europa könnte die OSZE, die



© Roland Hägele

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit die Rolle bekommen, die nach dem Ende des Kalten Krieges möglich schien: eine Friedensarchitektur in dem „Haus Europa“ aufzubauen als Alternative zu NATO!“

den Fall aufzuklären und die wahren Verantwortlichen zur Verantwortung zu ziehen. Während die Erdoğan Regierung Tausende von Oppositionellen ins Gefängnis steckt, misshandelt und foltert, ist der Mord an den drei Frauen immer noch ungesühnt. Wir fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen aus türkischen Gefängnissen.“

Demonstration in Stuttgart: Die Pariser Morde müssen aufgeklärt werden

In Stuttgart fand wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands und Europas eine Demonstration in Gedenken an die Ermordung von Sakine Cansız, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez in Paris am 9. Januar 2013 statt. Für DIE LINKE nahm Bernd Riexinger teil: „Heute war ich auf der Demonstration in Gedenken an die Ermordung der drei kurdischen

Revolutionärinnen in Paris am 9. Januar 2013. Der Mörder, ein türkischer Nationalist, wurde gefasst aber vor der Gerichtsverhandlung unter zweifelhaften Umständen tot in seiner Zelle aufgefunden. Es kann als sicher gelten, dass der türkische Geheimdienst MIT den Mord angeordnet hat. Die Demonstrant:innen fordern die französische Regierung auf,

den Fall aufzuklären und die wahren Verantwortlichen zur Verantwortung zu ziehen. Während die Erdoğan Regierung Tausende von Oppositionellen ins Gefängnis steckt, misshandelt und foltert, ist der Mord an den drei Frauen immer noch ungesühnt. Wir fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen aus türkischen Gefängnissen.“

50 Jahre Radikalenerlass: DIE LINKE. Baden-Württemberg fordert Entschuldigung und Entschädigung

Am 28. Januar 1972 verabschiedeten die Ministerpräsidenten der Länder und der SPD Kanzler Willy Brandt den sogenannten „Radikalenerlass“, der die Grundlage für 11.000 Berufsverbotsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland bildete. In deren Folge wurden 1.256 Bewerbungen in den Öffentlichen Dienst abgelehnt und 265 Personen entlassen. DIE LINKE. Baden-Württemberg fordert die Rehabilitierung der von den Berufsverboten betroffenen Personen.

Elwis Capece, Sprecher der LINKEN. Baden-Württemberg, sagt dazu: „50 Jahre nach dem Radikalenerlass ist eine Entschuldigung bei den Betroffenen mehr als überfällig. Gerade hier im Südwesten zerstörte der Radikalenerlass Existenzen und entwertete Ausbildungswege. Obwohl Ministerpräsident Winfried Kretschmann selbst von einem Berufsverbotsverfahren betroffen war, bewegt sich die Landesregierung nur sehr langsam. Der Jahrestag muss nicht nur Anlass für wissenschaftliche Aufarbeitung sein, sondern auch für eine Entschädigung des durch den deutschen Staat verursachten Unrechts. Die psychischen und finanziellen Folgen des Radikalenerlass halten bis heute an. Die Betroffenen haben daher nicht nur eine Entschuldigung, sondern auch Entschädigungen verdient.“

Winfried Kretschmann schließt eine Entschuldigung bei den Betroffenen nicht mehr aus, spricht sich in der ARD Dokumentation „Jagd auf Verfassungsfeinde - Der Radikalenerlass und seine Opfer“ (ARD, 17.01.22) allerdings gegen eine kollektive Entschuldigung aus. „Die Äußerung von Winfried Kretschmann darf nicht zur Ausrede werden, sich als Landesregierung erneut der Verantwortung zu entziehen. Der Radikalenerlass hat Bewerber:innen für den Öffentlichen Dienst pauschal ver-

dächtigt und damit ein Klima der Angst erzeugt, auch dafür muss die Landesregierung Verantwortung übernehmen,“ so Elwis Capece.

Alexander Hummel, Mitglied im Landesvorstand der LINKEN. Baden-Württemberg, ergänzt mit Blick auf die große Zahl der durch den Radikalenerlass getätigten Regelanfragen beim Verfassungsschutz: „Im Zuge des Radikalenerlass wurden 3,5 Millionen Regelanfragen beim Verfassungsschutz gestellt. Von den eingeleiteten Verbotsverfahren waren fast ausschließlich Menschen aus dem linken Spektrum betroffen. Zum Teil reichte es aus, sich mit Opfern von Berufsverboten zu solidarisieren. Mit dem Radikalenerlass begann eine der intensivsten Verfolgungswellen gegen Linke in der Geschichte der Bundesrepublik. Die beamtenrechtliche Grundlage für den Radikalenerlass besteht bis heute, nur die Regelanfragen und damit die pauschale Überprüfung durch den Verfassungsschutz ist ausgesetzt. Vergangenheit sind die Berufsverbote also nicht. Für den Justizdienst hat Bayern die Regelanfrage bereits 2016 wiedereingeführt. Rechte Chatgruppen und Netzwerke in der Polizei haben bundesweit eine neue Diskussion über Sicherheitsüberprüfungen von Bewerber:innen im Öffentlichen Dienst angestoßen. Als LINKE sehen wir darin nicht den richtigen Weg zur Bekämpfung rechtsextremer Strukturen.“

Im Land herrschte besonderer Verfolgungseifer

Willy Brandt (SPD) entschuldigte sich vier Jahre später für den Radikalenerlass von 1972 und sprach von einem „Irrtum“. Doch da war der Geist längst aus der Flasche und die Hexenjagd auf angebliche Verfassungsfeinde im Gang. Im Land gab es etwa 400 Betroffene – meist

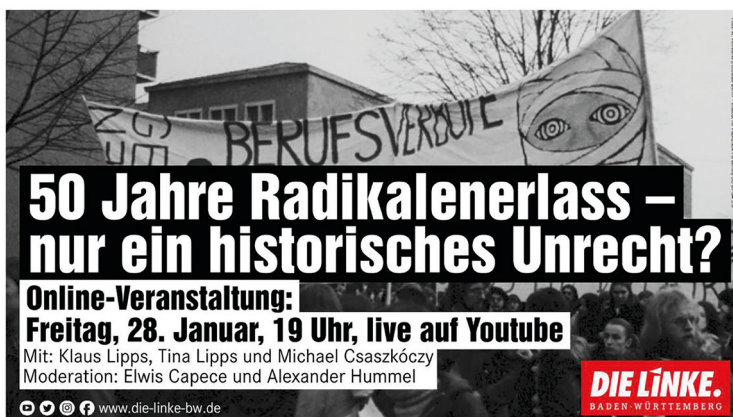
schafter und Friedensbewegte. Als die „Regelanfrage“ 1991 formal aufgehoben wurde, waren über 600 000 junge Menschen überprüft worden.

Seit 2018 gibt es am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Uni Heidelberg das Forschungsprojekt „Verfassungsfeinde im Land? Baden-Württemberg, '68 und der „Radikalenerlass“ (1968-2018). Es wird vom Wissenschaftsministerium des Landes gefördert. Das Projekt hat für Mai seinen Abschlussbericht angekündigt. „Baden-Württemberg gehört, dies ist vorläufig zu konstatieren, zu den Ländern, in denen der ‚Radikalenerlass‘ besonders scharf durchgeführt wurde“, heißt es in einem 2020 veröffentlichten Zwischenbericht.

Regionale Schwerpunkte gab es unter anderem in Reutlingen und Tübingen mit etwa 40 beziehungsweise 30 Fällen. So erhielt Gisela Kehrer-Bleicher, heute Tübinger Kreisrätin der LINKEN, gleich zweimal Berufsverbot – 1974 wegen ihrer DKP- und SDAJ-Mitgliedschaft als Realschullehrerin, 20 Jahre später als Sonderschullehrerin. Weil das Kultusministerium keine Lehrerlaubnis erteilte, konnte sie eine bereits zugesagte Stelle an einer Privatschule erst 1995 antreten, als sich der damalige SPD-Landtagsabgeordnete Gerd Weimer eingeschaltet hatte. Verbeamtet wurde sie jedoch – formal wegen Überschreitens der Altersgrenze - nicht.

Mit ähnlichen Methoden wurde Anton Brenner schikaniert, ebenfalls früher Stadtrat und langjähriges Kreisratsmitglied der PDS und Tübinger LINKEN. Der Deutsch- und Religionslehrer hatte 23 Jahre lang als einstiges DKP-Mitglied Berufsverbot, ehe er im Jahr 2000 – zunächst auf Probe – eingestellt wurde. Wegen eines amtlichen Formfehlers hatte er noch Referendariat machen können und sich dann als Hobbywinzer und Betreiber eines Copyshops mit Druckerei durchgeschlagen. Seiner Einstellung ging ein jahrelanger Rechtsstreit voraus, bei dem ihn die frühere SPD-Justizministerin Herta Däubler-Gmelin vertrat, ebenso ein Landtagsbeschluss.

Der Kolumnist der „Süddeutschen“ Heribert Prantl bewertet den Radikalenerlass als „radikalen politischen Fehler“ und „eines der folgenreichsten Desaster der Geschichte der alten Bundesrepublik“. Eine ganze junge Generation sei auf Distanz zum Staat gegangen, „weil ein vergiftetes gesellschaftliches Klima entstanden war“, schrieb er unter der Überschrift „Halali“ in der Ausgabe der Zeitung vom 23. und 24. Januar 2021. Anne Hilger



50 Jahre Radikalenerlass – nur ein historisches Unrecht?

Online-Veranstaltung:
Freitag, 28. Januar, 19 Uhr, live auf Youtube

Mit: Klaus Lipps, Tina Lipps und Michael Csaszkóczy
Moderation: Elwis Capece und Alexander Hummel

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

www.die-linke-bw.de

Zum Thema hat DIE LINKE auch verschiedene Veranstaltungen angeboten

Ergebnisse der Bundestagswahl vom 26. September 2021

Anbei die Wahlkreis-Ergebnisse der Linken in Baden-Württemberg. Bei der letzten Bundestagswahl im Jahr 2017 hatten wir durchschnittlich 6,4 % der Zweitstimmen erreicht; bei der Wahl 2021 waren es nur 3,3 %. Die Tabelle zeigt, dass wir auch in den urbanen Zentren und Universitätsstädten stark verloren haben. Nur in sechs von 38 Wahlkreisen konnten wir über der 5%-Hürde bleiben.

DIE LINKE. Baden-Württemberg Endgültige Ergebnisse der Bundestagswahl 2021 mit Vergleichsangaben von 2017						DIE LINKE. Baden-Württemberg Endgültige Ergebnisse der Bundestagswahl 2021 mit Vergleichsangaben von 2017					
Auswertung nach Zweitstimmenergebnis absteigend						Auswertung nach Regierungsbezirken, Zweitstimmenergebnis absteigend					
Wahlkreis	Jahr	Erst-Stimm.	Δ zu 2017	Zweit-Stimm.	Δ zu 2017	Wahlkreis	Jahr	Erst-Stimm.	Δ zu 2017	Zweit-Stimm.	Δ zu 2017
		%	%-Punk.	%	%-Punk.			%	%-Punk.		
281 Freiburg	2021	5,3	-2,0	6,9	-4,3	258 Stuttgart I	2021	4,1	-2,4	5,2	-4,1
	2017	7,3		11,2			2017	6,5		9,3	
271 Karlsruhe-Stadt	2021	5,0	-2,6	5,6	-4,0	259 Stuttgart II	2021	4,8	-4,1	5,1	-4,0
	2017	7,6		9,6			2017	8,9		9,1	
290 Tübingen	2021	4,7	-4,1	5,2	-4,3	265 Ludwigsburg	2021	2,9	-2,6	3,1	-2,9
	2017	8,8		9,5			2017	5,5		6,0	
258 Stuttgart I	2021	4,1	-2,4	5,2	-4,1	261 Esslingen	2021	2,7	-3,2	3,1	-3,1
	2017	6,5		9,3			2017	5,9		6,2	
259 Stuttgart II	2021	4,8	-4,1	5,1	-4,0	269 Backnang-Schw. Gmünd	2021	2,9	-2,7	2,9	-3,0
	2017	8,9		9,1			2017	5,6		5,9	
275 Mannheim	2021	4,8	-2,6	5,0	-4,1	264 Waiblingen	2021	2,6	-2,3	2,9	-2,7
	2017	7,4		9,1			2017	4,9		5,6	
274 Heidelberg	2021	4,0	-2,1	4,9	-3,4	268 Schw. Hall-Hohenlohe	2021	2,4	-1,9	2,9	-2,8
	2017	6,1		8,3			2017	4,3		5,7	
287 Konstanz	2021	3,6	-3,4	3,7	-3,5	267 Heilbronn	2021	2,3	-2,3	2,8	-2,9
	2017	7,0		7,2			2017	4,6		5,7	
289 Reutlingen	2021	4,0	-2,2	3,3	-2,8	270 Aalen-Heidenheim	2021	2,3	-2,9	2,7	-2,8
	2017	6,2		6,1			2017	5,2		5,5	
294 Ravensburg	2021	3,0	-2,4	3,2	-2,9	266 Neckar-Zaber	2021	2,4	-2,2	2,6	-2,7
	2017	5,4		6,1			2017	4,6		5,3	
282 Lörrach-Müllheim	2021	2,7	-2,3	3,2	-3,0	262 Nürtingen	2021	2,4	-2,4	2,6	-2,9
	2017	5,0		6,2			2017	4,8		5,5	
283 Emmendingen-Lahr	2021	3,0	-2,2	3,1	-2,7	260 Böblingen	2021	2,3	-2,7	2,6	-2,8
	2017	5,2		5,8			2017	5,0		5,4	
265 Ludwigsburg	2021	2,9	-2,6	3,1	-2,9	263 Göppingen	2021	2,2	-2,2	2,5	-2,6
	2017	5,5		6,0			2017	4,4		5,1	
261 Esslingen	2021	2,7	-3,2	3,1	-3,1	271 Karlsruhe-Stadt	2021	5,0	-2,6	5,6	-4,0
	2017	5,9		6,2			2017	7,6		9,6	
291 Ulm	2021	2,6	-2,0	3,1	-2,6	275 Mannheim	2021	4,8	-2,6	5,0	-4,1
	2017	4,6		5,7			2017	7,4		9,1	
269 Backnang-Schw. Gmünd	2021	2,9	-2,7	2,9	-3,0	274 Heidelberg	2021	4,0	-2,1	4,9	-3,4
	2017	5,6		5,9			2017	6,1		8,3	
288 Waldshut	2021	2,7	-2,3	2,9	-2,6	273 Rastatt	2021	2,7	-1,9	2,8	-2,6
	2017	5,0		5,5			2017	4,6		5,4	
293 Bodensee	2021	2,7	-2,6	2,9	-3,2	277 Rhein-Neckar	2021	2,6	-2,6	2,8	-3,5
	2017	5,3		6,1			2017	5,2		6,3	
264 Waiblingen	2021	2,6	-2,3	2,9	-2,7	278 Bruchsal-Schwetzingen	2021	2,6	-2,0	2,7	-3,0
	2017	4,9		5,6			2017	4,6		5,7	
268 Schw. Hall-Hohenlohe	2021	2,4	-1,9	2,9	-2,8	272 Karlsruhe-Land	2021	2,4	-2,2	2,7	-2,8
	2017	4,3		5,7			2017	4,6		5,5	
273 Rastatt	2021	2,7	-1,9	2,8	-2,6	279 Pforzheim	2021	2,3	-2,4	2,7	-2,7
	2017	4,6		5,4			2017	4,7		5,4	
284 Offenburg	2021	2,7	-2,7	2,8	-2,7	276 Odenwald-Tauber	2021	2,3	-2,9	2,5	-3,0
	2017	5,4		5,5			2017	5,2		5,5	
277 Rhein-Neckar	2021	2,6	-2,6	2,8	-3,5	280 Calw	2021	2,0	-2,5	2,4	-2,7
	2017	5,2		6,3			2017	4,5		5,1	
267 Heilbronn	2021	2,3	-2,3	2,8	-2,9	281 Freiburg	2021	5,3	-2,0	6,9	-4,3
	2017	4,6		5,7			2017	7,3		11,2	
278 Bruchsal-Schwetzingen	2021	2,6	-2,0	2,7	-3,0	287 Konstanz	2021	3,6	-3,4	3,7	-3,5
	2017	4,6		5,7			2017	7,0		7,2	
272 Karlsruhe-Land	2021	2,4	-2,2	2,7	-2,8	289 Reutlingen	2021	4,0	-2,2	3,3	-2,8
	2017	4,6		5,5			2017	6,2		6,1	
279 Pforzheim	2021	2,3	-2,4	2,7	-2,7	282 Lörrach-Müllheim	2021	2,7	-2,3	3,2	-3,0
	2017	4,7		5,4			2017	5,0		6,2	
270 Aalen-Heidenheim	2021	2,3	-2,9	2,7	-2,8	283 Emmendingen-Lahr	2021	3,0	-2,2	3,1	-2,7
	2017	5,2		5,5			2017	5,2		5,8	
266 Neckar-Zaber	2021	2,4	-2,2	2,6	-2,7	288 Waldshut	2021	2,7	-2,3	2,9	-2,6
	2017	4,6		5,3			2017	5,0		5,5	
262 Nürtingen	2021	2,4	-2,4	2,6	-2,9	284 Offenburg	2021	2,7	-2,7	2,8	-2,7
	2017	4,8		5,5			2017	5,4		5,5	
260 Böblingen	2021	2,3	-2,7	2,6	-2,8	286 Schwarzwald-Baar	2021	2,3	-2,0	2,5	-2,8
	2017	5,0		5,4			2017	4,3		5,3	
295 Zollernalb-Sigmaringen	2021	2,1	-2,6	2,6	-2,5	285 Rottweil-Tuttlingen	2021	2,1	-1,8	2,2	-2,6
	2017	4,7		5,1			2017	3,9		4,8	
286 Schwarzwald-Baar	2021	2,3	-2,0	2,5	-2,8	290 Tübingen	2021	4,7	-4,1	5,2	-4,3
	2017	4,3		5,3			2017	8,8		9,5	
276 Odenwald-Tauber	2021	2,3	-2,9	2,5	-3,0	294 Ravensburg	2021	3,0	-2,4	3,2	-2,9
	2017	5,2		5,5			2017	5,4		6,1	
263 Göppingen	2021	2,2	-2,2	2,5	-2,6	291 Ulm	2021	2,6	-2,0	3,1	-2,6
	2017	4,4		5,1			2017	4,6		5,7	
280 Calw	2021	2,0	-2,5	2,4	-2,7	293 Bodensee	2021	2,7	-2,6	2,9	-3,2
	2017	4,5		5,1			2017	5,3		6,1	
285 Rottweil-Tuttlingen	2021	2,1	-1,8	2,2	-2,6	295 Zollernalb-Sigmaringen	2021	2,1	-2,6	2,6	-2,5
	2017	3,9		4,8			2017	4,7		5,1	
292 Biberach	2021	1,6	-2,2	2,2	-2,4	292 Biberach	2021	1,6	-2,2	2,2	-2,4
	2017	3,8		4,6			2017	3,8		4,6	
Baden-Württemberg gesamt						Baden-Württemberg gesamt					
2021						2021					
3,0						3,8					
-2,4						-2,2					
3,3						4,6					
-3,1						-2,4					
2017						2017					
5,4						3,8					
6,4						4,6					

Walter Kubach

Erhard Korn von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Baden-Württemberg hat einen analytischen Beitrag zu den Ergebnissen der Linken im Land geschrieben. Der Link lautet: <https://bw.rosalux.de/publikation/id/45121/ein-linker-blick-auf-das-ergebnis-der-bundestagswahl-2021-in-baden-wuerttemberg-1>

Unsere Landesgruppe

Hier stellen wir unsere drei Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg kurz vor



Gökay Akbulut

- Sprecherin für Migration, Familien und bürgerschaftliches Engagement
- Mitglied und Obfrau im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- stellvertr. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- stellvertr. Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- stellvertr. Mitglied im Rechtsausschuss
- stellvertr. Mitglied für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Wahlkreisbüro Gökay Akbulut

T6 37, 68161 Mannheim

Ansprechpersonen:

Mannheim: Jan Ohnemus, 0621-12508899, goekay.akbulut.ma03@bundestag.de

Heidelberg und Umgebung:

Sahra Mirow, 0621-12508777, goekay.akbulut.ma02@bundestag.de

Karlsruhe und Umgebung:

Jürgen Creutzmann, creutzmannjuergen@web.de, 01604271795

Heilbronn und Umgebung:

Florian Vollert, gemeinsamer Mitarbeiter Gökay Akbulut und Jessica Tatti, 07131-8994996



Bernd Riexinger

- Wahlkreis Stuttgart II
- Mitglied im Verkehrsausschuss
- Sprecher für nachhaltige Mobilität

Wahlkreisbüro Stuttgart:

Falkertstraße 58, 70176 Stuttgart; Telefon: +49 711 912 257 58

Ansprechpersonen:

Dagmar Uhlig

E-Mail: bernd.riexinger.ma04@bundestag.de

Dennis Klora

E-Mail: bernd.riexinger.ma01@bundestag.de

Luigi Pantisano

E-Mail: bernd.riexinger.ma05@bundestag.de

Regionalbüro Ulm:

Deutschhausgasse 7, 89073 Ulm; Telefon: 0731-60265540;

Karin Hoffmann, E-Mail: bernd.riexinger.ma06@bundestag.de

Regionalbüro Freiburg:

Karlstr. 10, 79104 Freiburg; Telefon: 0761-29280730, Henric Meyer



Jessica Tatti

- Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Sprecherin für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Fraktion DIE LINKE im Bundestag
- Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Wahlkreisbüro Reutlingen:

Karlstraße 16 (Eingang Mauerstraße), 72764 Reutlingen

Tel. 07121-5509911, jessica.tatti.wk@bundestag.de

Ansprechperson:

Frederico Elwing, Büroleiter, jessica.tatti.wk@bundestag.de

Marc Gminder, Wahlkreismitarbeiter

Enes Muric, Wahlkreismitarbeiter

David Schecher, wissenschaftlicher Mitarbeiter,

Regionalbüro Heilbronn:

Allee 40, 74072 Heilbronn

Tel. 07131-8 994 996

Florian Vollert

Immer auf dem neuesten Stand LINKER Politik
Nachrichten, Reden, Anfragen, Gesetzesentwürfe

www.linksfraktion.de

Klausur der
Linksfraktion im Bundestag
Berlin, 20. und 21. Januar 2022

DIE LINKE.
LINKSPOLITIK

Frühjahrspraxisakademien

Liebe Genossinnen und Genossen der Kreisverbände, auf dem vergangenen Landesparteitag haben wir erstmals über die Idee der Frühjahrspraxisakademien als einen neuen zentralen Baustein der politischen Bildung bei uns im Landesverband diskutiert. Über den damaligen Leitantrag über Entwicklungsperspektiven für DIE LINKE haben wir beschlossen diese Idee weiter verfolgen zu wollen.

Seitdem ist einiges passiert: eine Arbeitsgruppe hat die Idee zu einem Konzept ausgearbeitet, welche bereits ausführlich im Landesvorstand und in eigens dafür gegründeten Projektgruppe im Landesvorstand diskutiert wurde.

Klar ist inzwischen, dass wir in jedem der vier Regierungsbezirke in Ba-

den-Württemberg eine eintägige Frühjahrspraxisakademie planen. Wir haben uns für diesen dezentralen Charakter entschieden, um die Kosten und den Aufwand für die An- und Abreise so gering wie möglich zu halten, um so ein wirklich niedrigschwelliges Format der politischen Bildung anzubieten.

Im Zentrum werden dabei Workshops stehen, die nicht inhaltlicher oder programmatischer, sondern funktionaler Natur sind. Das heißt: diese Frühjahrspraxisakademien zielen darauf ab, das für die politische Arbeit notwendige Handwerkszeug zu vermitteln. Wie können wir Haustürgespräche als Kampagneninstrument nutzen? Wie schreibe ich eine Pressemitteilung? Wie lässt sich die Arbeit im Kreisverband organisieren,

um möglichst viele Mitglieder einzubinden und zu aktivieren? Das sind einige der möglichen Workshop-Themen.

Die Frühjahrspraxisakademien sollen bereits im April/Mai stattfinden. Gleichzeitig sollen diese nicht nur dezentral stattfinden, sondern auch dezentral organisiert werden. Damit dies gelingt müssen jetzt Orga-Gruppen gebildet werden. Wenn ihr Interesse an der Mitarbeit habt, dann meldet euch unter folgender E-Mail-Adresse: fjpa@die-linke-bw.de. Wir schicken euch dann gerne auch ein ausführliches Konzeptpapier zu.

Solidarische Grüße,

die Projektgruppe zur Vorbereitung der Frühjahrspraxisakademien (Alex, Zara, Emma, Enes)

Kurzbericht vom Landesparteitag Oktober 2021:

Neuer Landesvorstand gewählt und Wohnkampagne beschlossen

Der Landesverband Baden-Württemberg hat auf einem Landesparteitag am Wochenende (16.-17. Oktober 2021) in der Filderhalle in Leinfelden-Echterdingen einen neuen Landesvorstand gewählt. 14 der insgesamt 20 Mitglieder sind neu in den Landesvorstand gewählt worden. Der neue Landesvorstand ist damit deutlich jünger, migrantischer und fest in den kommunalen Parlamenten, Gewerkschaften und sozial-ökologischen Bewegungen verankert.

Der Landesparteitag stand ganz im Zeichen eines Neuaufbruchs. Die Delegierten des Landesparteitags verabschiedeten einen Entwicklungsplan der Landespartei für die kommenden zwei Jahre, der die Partei nach dem desaströsen Wahlergebnis aufbauen und stärken soll. Mit großer Mehrheit stimmten die Delegierten für eine landesweite Kampagne für eine soziale Mietpolitik. Die Partei möchte mit dieser Kampagne in den kommenden zwei Jahren mit einem Volksantrag für bezahlbaren Wohnraum die Landesregierung zu einem wohnungspolitischen Kurswechsel bringen.

Landessprecherin Sahra Mirow (37), Stadträtin in Heidelberg, wurde mit großer Mehrheit bestätigt. Als Landessprecher wurde der Karlsruher NGG-Gewerkschaftssekretär Elwis Capece (56) neu gewählt. Er löst den langjährigen Landessprecher Dirk Spöri ab, der nicht mehr zu Wahl angetreten ist. Kathleen Kamprath aus Stuttgart bleibt Landesschatzmeisterin.

Die weiteren neu gewählten Mitglieder im geschäftsführenden Landesvorstand sind Luigi Pantisano (42), Aynur Karlikli (56) und Alexander Relea-Linder (28). Luigi Pantisano ist Stadtrat in Stuttgart und hat im letzten Jahr nur knapp den Einzug ins

Konstanzer Rathaus als Oberbürgermeister verpasst. Die Industriekauffrau Aynur Karlikli ist Migrationsbeauftragte der LINKEN Baden-Württemberg. Alexander Relea-Linder ist Gewerkschaftssekretär sowie Kreis- und Stadtrat in Schwäbisch Gmünd. Alle drei sind neu in den geschäftsführenden Landesvorstand gewählt worden.

Die Hälfte der Vorstandsmitglieder hat eine Migrationsgeschichte, gemäß der Satzung der Partei ist der Vorstand ebenfalls zur Hälfte mit Frauen besetzt. Der Landesvorstand besteht aus sechs paritätisch besetzten Mitgliedern im geschäftsführenden Landesvorstand und 14 paritätisch besetzten Mitgliedern im erweiterten Vorstand. In den erweiterten Landesvorstand wurden Bundestagsabgeordnete Gökay Akbulut (38) und Landesgeschäftsführerin

Claudia Haydt (54) gewählt. Die weiteren Mitglieder im erweiterten Landesvorstand sind: Ellena Schumacher Koelsch (35), Emma Weber (28), Zara Dilan Kiziltas (22), Helena Pantelidis (31), Tanja Hilton (47), Utz Mörbe (37), Enes Muric (23), Jürgen Creutzmann, Alexander Hummel (32), Sander Frank (23), Ralf Jaster (47) und Justin Niebius (21).

Die Landesgruppe Baden-Württemberg der Linksfraktion besteht nach der Wahlniederlage vom 25. September 2021 nur noch aus drei Abgeordneten: Bernd Rixinger, Gökay Akbulut und Jessica Tatti. Die bisherigen MdBs Heike Hänsel, Tobias Pflüger und Michel Brandt sind aus dem Parlament ausgeschieden. Der Landesparteitag bedankte sich für ihre engagierte Arbeit innerhalb und außerhalb des Parlaments.



**HOUSING
FOR PEOPLE
NOT FOR
PROFIT!**



**HOUSING
ACTION DAY**

**26-27 MARCH
2022**



EUROPEAN ACTION COALITION
FOR THE RIGHT TO HOUSING AND TO THE CITY

housingnotprofit.org/housing-action-day
@4HousingandCity
@europeancoalition
@european_action_coalition
info@housingnotprofit.org